


9. Sitzung, Montag, 6. Juli 2015, 14.30 Uhr

 Vorsitz: *Theresia Weber (SVP, Uetikon a. S)*
Verhandlungsgegenstände
8. Gesetz über Controlling und Rechnungslegung

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April

 2015 5101a *Seite 484*
9. Reduktion der Grundbuchgebühren

 Antrag der Redaktionskommission vom 29. April
2015

 KR-Nr. 298b/2013 *Seite 486*
**10. Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen
– Massnahmen zur Festlegung der Zahlungsfristen
durch die öffentliche Hand auf maximal
30 Tage**

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April

 2015 5060b *Seite 493*
**11. Bewilligung von jährlich wiederkehrenden
Überträgen aus dem Lotteriefonds
(Leistungsgruppe Nr. 4980) an die
Direktionen (Ausgabenbremse)**

 Antrag des Regierungsrates vom 17. September
2014 und geänderter Antrag der Finanzkommission

 vom 27. März 2015 5125a *Seite 494*

12. Bewilligung eines Rahmenkredites für Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit 2015 bis 2017 (Lotteriefonds)(Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 11. Februar 2015 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 7. Mai 2015 5167a Seite 510

13. Steuergesetz

Antrag des Regierungsrates vom 17. Dezember 2014 und gleichlautender Antrag der WAK vom 28. April 2015 5159..... Seite 524

14. Bewilligung von Nebenbeschäftigungen

Antrag des Regierungsrates vom 29. Oktober 2014 zum Postulat KR-Nr. 289/2012 und geänderter Antrag der STGK vom 27. März 2015 5145a Seite 526

14. Verschiedenes

Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse..... Seite 530

Geschäftsordnung

Ratspräsidentin Theresia Weber: Das Wort wird nicht verlangt. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

8. Gesetz über Controlling und Rechnungslegung

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April 2015 **5101a**

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission: Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft, und sie hat daran lediglich die nötigen formellen Änderungen vorgenommen. Im Übrigen beantragt sie Ihnen, gemäss der Vorlage Beschluss zu fassen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich beantrage Ihnen, die Redaktionslesung paragrafenweise durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Redaktionslesung

Titel und Vorbemerkungen

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung vom 9. Januar 2006 wird wie folgt geändert:

§22

Keine Bemerkungen; genehmigt.

§§ 39, 43, 53, 54

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage ist damit redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 148 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5101a zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

9. Reduktion der Grundbuchgebühren

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April 2015

KR-Nr. 298b/2013

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission: Auch hier hat die Redaktionskommission lediglich formelle Änderungen vorgenommen und sie bittet Sie folglich, der Vorlage entsprechend dem Antrag zuzustimmen. Besten Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Ich beantrag Ihnen, die Redaktionslesung paragrafenweise durchzuführen. Sind Sie damit einverstanden? Das ist der Fall.

Redaktionslesung

Titel und Vorbemerkungen

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich hoffe ja sehr, dass Sie nicht die Kleider gewechselt haben über Mittag. Am Vormittag haben wir ja gehört, dass man sehr sparsam sein muss mit den Staatsfinanzen, dass man aufpassen muss, dass der Staat nicht mehr allzu viel Geld hat. Und ich hoffe natürlich sehr, dass Sie über Mittag nicht die Spendierhosen angezogen haben. Wenn Sie nämlich dieser Vorlage zustimmen würden, dann würden Sie jährlich 14 oder 15 Millionen verschenken oder wieder Geld verteilen oder 14 oder 15 Millionen dem Staatshaushalt entziehen. Je nach politischem Standpunkt, den Sie haben.

Und die Frage ist ja, wenn man Geschenke verteilt – das ist ja etwas Wunderbares Geschenke verteilen, wir erhalten ja immer gerne Geschenke –, können wir uns das leisten und zweitens wer profitiert von einem solchen Geschenk. Und es ist eindeutig, dass wir es uns nicht leisten können, jährlich auf 15 Millionen zu verzichten. Wir haben das heute Morgen zur Genüge gehört. Die finanzielle Lage ist angespannt, da kann man nicht so schnell locker einfach auf 15 Millionen verzichten. Und das zweite ist, und das ist eigentlich noch viel stossender, wer profitiert, wenn wir auf diese 15 Millionen verzichten? Wir wissen, die sogenannten Grundbuchgebühren sind ein Gemisch von Gebühren und Steuern, und das führt dazu, dass gerade Liegenschaften-

händler, die grössere Verkaufspreise haben, dass die eben mehr bezahlen als der Aufwand ist. Das ist aber gewollt so.

Liegenschaftenverkäufe bis 1 Million Franken sind nicht kostendeckend bei den Notariaten. Das führt dazu, dass eben Notariate im Stammatal oder eben auch im Zürcher Oberland nicht kostendeckend sind. Wenn aber die Credit Suisse (CS) den Uetlihof für 1 Milliarde verkauft, dann gibt das 1,5 Millionen Grundbuchgebühren. Das macht einen super Stundenlohn, denn die Arbeit war auch nicht allzu gross. Und wenn Sie jetzt der PI Raths (*parlamentarischen Initiative von Hans Heinrich Raths*) zustimmen, dann würde der Staat nur noch 1 Million einnehmen. Er würde als der CS eine halbe Million schenken. Beim Griederhaus wären es 200'000 Franken gewesen, auf die man verzichtet hätte. Und das ist die Frage: Wollen wir diesen grossen Immobilienfirmen so viel Geld schenken? Können wir uns das erlauben? Und da muss ich Ihnen sagen, das ist doch völlig absurd, wenn Sie diesen, die schon genug haben, noch Geld zurückschenken oder zurückverteilen. Das können wir uns nicht leisten. Kommt dazu, dass wir ja im Jahr 2009 diese Gebühren schon gesenkt haben. Dann haben wir die Handänderungssteuer abgeschafft im Kanton Zürich. Das wäre doch ein weiteres Steuergeschenk für Immobilienfirmen.

Und deshalb sagen wir entschieden Nein zu dieser Vorlage. Die Alternative Liste wird so oder anders das Referendum ergreifen. Wir können darüber abstimmen. Wir werden diese 3000 Unterschriften mit Leichtigkeit sammeln, das kann ich Ihnen sagen. Ich freue mich auf diese Abstimmung. Da können Sie dann argumentieren, wieso der Staat auf diese 15 Millionen zugunsten der grossen Immobilienfirmen verzichten will.

Martin Sarbach (SP, Zürich): Geschätzte Kollegen der SVP, FDP sowie der CVP, oder vielleicht kürzer gesagt, liebe Abgeordnete des Forum Zürich (*Plattform für die Wirtschaftsverbände auf kantonaler und städtischer Ebene*), wenn es Ihnen ernst ist mit ausgeglichenen Kantonsfinanzen, wenn Sie ihren eigenen Regierungsrat unterstützen wollen bei der Erreichung seiner Legislaturziele – wir haben heute Morgen schon eine Interpretation dieser Legislaturziele gehört –, wenn sie diese erreichen wollen – das steht übrigens drin unter Legislaturziel 9.1: «Der Finanzhaushalt ist gesund und mittelfristig ausgeglichen» – wenn Sie also den Regierungsrat unterstützen wollen und sich insbe-

sondere ein Minimum an Glaubwürdigkeit in finanzpolitischen Positionen bewahren wollen, dann stoppen Sie diesen Zug hier.

Selbstverständlich steht es Ihnen frei, diesen Zug hier nicht zu stoppen, allerdings ist es dann wirklich so, dass wir in Zukunft nicht mehr hören wollen, dass Sie bemüht seien um ausgeglichene Kantonsfinanzen. Es ist offensichtlich, es geht nicht darum, dass Sie bemüht sind um ausgeglichene Kantonsfinanzen. Und wir freuen uns auch jetzt schon auf diesen Abstimmungskampf.

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon): Einfach zur Erinnerung über was wir sprechen: Wenn wir in der Rechnung 2014 nachsehen, ist der Saldo der Notariate mit allen drei Bereichen, für die sie zuständig sind, 25,2 Millionen Franken. Jetzt gehen mit der Kürzung rund 14 Millionen weg, dann reden wir immer noch von einer Überdeckung von 11,2 Millionen für eine Dienstleistung. Der Konkursbereich hat immer noch einen Deckungsgrad von nur 17 Prozent. Die Quersubventionierung, dieser Schönheitsfehler, ist noch nicht korrigiert.

Gebühren sollen ihre Kosten decken, sie sollen nicht eine verkappte Steuer sein, und das sind sie in diesem Fall. Es ist eine verkappte Steuer, mit einem Deckungsgrad von 200 Prozent.

Und es geht nicht darum, wer profitiert, sondern wer bezahlt, Markus Bischoff. Es bekommt niemand Rabatt, sondern man bezahlt diese Gebühr, wenn man eine Transaktion vornimmt. Ihre Kreise fordern immer günstiger Wohnen. Wie setzen sich Wohnkosten zusammen? Mit allen Kosten, die zum Wohnen führen, und dazu gehören auch Grundbucheinträge, Handänderungen und Grundpfandverschreibungen. Das sind schlussendlich die Kosten, die sich addieren und dann den Kaufpreis bestimmen. Sie sollten jubeln und sagen, bravo Ihr macht wenigstens etwas. Aber nein, weil es nicht aus Eurer Küche ist, ist es nicht das richtige Instrument. Markus Bischoff ist da natürlich ein Meister und redet nur immer von den grossen Immobilienbesitzern. Nein, hier profitieren alle, kleine und grosse Liegenschaftensbesitzer, und darum bitte ich Sie, der Vorlage, wie wir das schon getan haben, zuzustimmen. Vielen Dank.

Daniel Sommer (EVP, Affoltern a. Albis): Hans Heinrich Raths hat es gesagt, es gibt wohl niemanden in diesem Ratssaal der in Jubelschreie ausbricht, wenn er Gebühren zahlen muss. Dabei spielt es keine Rolle, ob es sich um Kehrrichtgebühren, Strassenverkehrsabgaben oder eben

Grundbuchgebühren handelt. Gebühren sind einfach nervig. Man sieht den Betrag und fragt sich, was man denn ausser den paar Quadratmillimeter Stempelfarbe genau bekommt.

Die Frage ist berechtigt, und das stimme ich mit den Initianten überein, es lohnt sich genau hinzuschauen, was diese Dienstleistungen beinhalten, die die Grundbuchämter, die ja zugleich auch Notariats- und Konkursämter sind, leisten. Ein wesentlicher Punkt dieses Dienstleisters ist unter anderem seine Beratungstätigkeit. Bis zu einer halben Stunde kann jede und jeder kostenlos Auskunft erhalten. Das ist so im Notariatsgesetz verankert. Eine echte Dienstleistung gerade für Bürgerinnen und Bürger mit begrenzten finanziellen Mitteln. Hinzu kommt, dass für kleinere Handänderungsabwicklungen, wir haben es von Markus Bischoff gehört, zum Beispiel in der Landwirtschaft oder für Geschäfte, die tiefer als eine Million sind, die Kosten nicht gedeckt sind. Mit dem Gebührensatz von 1,5 Promille können diese Defizite durch die guten Einnahmen bei grossen Geschäften kompensiert werden.

Wer die aktuelle Situation auf dem Immobilienmarkt betrachtet, muss zudem eingestehen, dass im Moment nicht die Zeiten der grossen Handänderungsvolumen sind. Im Gegenteil: Die Umsätze sind am Sinken, aber der Aufwand für die Notariate ist dank der immer grösser werdenden Regeldichte am Steigen.

Erst vor wenigen Jahren, das wurde auch schon erwähnt, nämlich im Jahr 2009, wurden die Gebühren von 2,5 Promille auf die heutigen 1,5 Promille gekürzt. Das war richtig und scheint sich jetzt zu bewähren. Für eine definitive Einschätzung und eine weitere Kürzung ist es jetzt aber zu früh. Eine verlässliche Aussage, ob die Gebühren tatsächlich zu hoch sind, kann jetzt noch nicht gemacht werden. In die Bemessungsperiode von 2009 bis 2013 fällt das aussergewöhnliche Jahr 2011, in welchem ein Vielfaches der sonst üblichen Handänderungen vollzogen wurde aufgrund der anstehenden Erbschaftssteuerinitiative.

Wenn wir jetzt die Gebühren senken, schneiden wir uns ins eigene Fleisch. Mit bis zu 14 Millionen Franken Einbusse pro Jahr muss gerechnet werden. Da ist es dann auch mit dem zugegebenermassen guten Deckungsgrad nicht mehr weit her. Dieser ist im Übrigen seit einigen Jahren im Sinkflug. Auch wenn er jetzt noch genug hoch ist, wissen wir nicht, wo die Reise hinführt, und man muss das nicht ohne Not aufs Spiel setzen.

Wenn die Notariate Überschüsse generieren, freut das jetzt die Kantonskasse. Dass der Zürcher Souverän übrigens ganz grundsätzlich mit unserer Gebührenregelung zufrieden ist, hat er erst vor wenigen Wochen an der Urne klar gemacht, indem er ein deutliches Nein zur Abstimmungsvorlage «Ja zu fairen Gebühren» eingelegt hat. Das kann nur so interpretiert werden, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger unsere Gebühren bereits jetzt fair finden und keine Änderungen nötig sind.

Ich fasse zusammen. Erstens: Die Gebühren jetzt kürzen zu wollen, ist unseriös. Es sind keine verlässlichen Grundlagen für so einen Beschluss vorhanden. Zweitens: Mit tieferen Gebühren besteht die Gefahr des Leistungsabbaus. Längere Abwicklungszeiten und weniger Beratung für die einfachen Bürgerinnen und Bürger wären die Folgen. Drittens: Das abgeänderte Gesetz beschneidet den finanziellen Spielraum der Notariate massiv und beschert einen Einnahmeverlust für die Staatskasse. Die EVP wird der Gesetzesänderung aus den genannten Gründen nicht zustimmen.

Regine Sauter (FDP, Zürich): Es ist ja normalerweise nicht üblich, dass man bei einer Redaktionslesung nochmals das Wort ergreift. Entsprechend haben die Voten auch ein bisschen den Boden der Sachlichkeit verlassen. Was man von der linken Seite hört, ist Klassenkampf pur.

Markus Bischoff entlarvt sich vollends, wenn er vorrechnet, dass die Grundbuchgebühr bei einem Geschäft, zum Beispiel der Credit Suisse, ein toller Stundenlohn sei. Selbstverständlich ist das ein toller Stundenlohn und genau das macht deutlich, dass wir hier bei diesen Gebühren nicht von einer Deckung der Kosten der Leistungen sprechen können, sondern dass hier eine massive Überdeckung besteht. Sei es 1 Million oder 1,5 Millionen, die Überdeckung ist klar erwiesen. Nicht erwiesen ist, dass eine Leistungsreduktion damit verbunden wäre, wenn wir jetzt diese Gebühren auf ein Niveau zurückführen, das eben den Kosten entspricht. Dass die Notariate übergedeckt sind, das zeigt die jährliche Rechnung, die immer wieder präsentiert wird.

In diesem Sinne appellieren wir hier an den Rat, dem Äquivalenzprinzip und dem Kostendeckungsprinzip Nachachtung zu verschaffen, auch im Notariatsbereich, und nicht mit der Mentalität, wir nehmen ihnen weniger weg oder wir nehmen ihnen sonst zu wenig weg, was auch die Argumentation von Markus Bischoff war, dieses Gesetz ab-

zulehnen. Die FDP-Fraktion wird weiterhin zustimmen und einem Referendum sehen wir gelassen entgegen.

Beat Bloch (CSP, Zürich): Ich glaube nicht, dass wir von unserer Seite den Boden der Sachlichkeit verlassen haben bei unseren Voten. Es ist vielmehr so, dass wir der bürgerlichen Seite vielleicht ein wenig den Spiegel vorhalten und sie es nicht so gerne hört. Das dürfte eher der Grund sein.

Es ist ja ganz klar, Herr Raths, wenn wir von diesen Gebühren sprechen, dass diese nicht die Treiber der Kosten für die Mieten sind. Da sind andere Faktoren viel entscheidender als diese Gebühren. Und wenn Markus Bischoff vorrechnet, was es eben im Einzelfall für Auswirkungen hat, dann zeigt es eben ganz klar auf, dass es sich dabei eben nicht nur um eine Gebühr handelt, sondern um eine Mischung aus einer Gebühr und einer Steuer.

Wir können das immer mal wieder erzählen, Sie hören uns einfach nicht zu und kommen dann wieder mit der Gebührenkeule und sagen uns, es ist eben so, dass diese Notariate, diese Grundbuchämter damit zu viel verdienen. Wenn Sie heute Morgen dem Obergerichtspräsidenten zugehört haben, dann hat er ganz klar darauf hingewiesen, dass wenn diese Senkung kommt, und er hat es gesagt, dass dann verschiedene Grundbuchämter nicht mehr kostendeckend arbeiten können. Sie haben dann zwar immer noch ein paar Grundbuchämter, die kostendeckend arbeiten, aber die kleinen Grundbuchämter fallen dann ins Minus. Wenn Sie wirklich die gerechte Verteilung wollen, dann müssen Sie halt regionale Gebühren machen, aber dann sind Sie wirklich völlig weg von irgendeinem Solidaritätsgedanken, dass man eben auch für alle Grundbuchämter zusammen schaut.

Es kamen natürlich auch die Argumente der Querfinanzierung. Die kommen immer bei diesen Geschichten. Man nimmt eine Gebühr, die vielleicht etwa Plus macht und sagt dann, die muss die anderen querfinanzieren die Minus machen und das darf nicht sein. Sie haben in jedem Betrieb Querfinanzierungen, sonst dürften Sie in Ihren Betrieben keine Werbeabteilung mehr betreiben, keine Verkaufsabteilung mehr betreiben, weil das alles Leute sind, die querfinanziert werden.

Wir werden dieser Vorlage auch nicht zustimmen und sind gespannt, wie sich dann am Ende das Volk dazu stellt.

Franco Albanese (CVP, Winterthur): Nachdem der Antrag der Kommission, die geänderte parlamentarische Initiative zu unterstützen, im Rat eine deutliche Mehrheit fand, und man entsprechend unserer Empfehlung gefolgt ist, begrüßen wir es natürlich, wenn die verlangte Reduktion, welche wir nach wie vor als angemessen erachten, wie von der Redaktionskommission vorgeschlagen Eingang in das vorliegende Gesetz findet.

Wenn Kollege Bischoff nun den Grundbesitzern Geschenke verteilen möchte, dann nehmen wir das gerne so entgegen, aber nur wenn diese auch aus seinem eigenen Portemonnaie kommen. Wir bedanken uns also bei der Redaktionskommission und folgen ihrem Antrag.

I. Das Notariatsgesetz vom 9. Juni 1985 wird wie folgt geändert:

§ 25

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Dispositiv

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. und II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage ist damit redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) der Vorlage KR-Nr. 298b/2013 zuzustimmen.

Das Geschäft ist erledigt.

10. Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen – Massnahmen zur Festlegung der Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand auf maximal 30 Tage

Antrag der Redaktionskommission vom 29. April 2015 **5060b**

Hans-Ueli Vogt (SVP, Zürich), Präsident der Redaktionskommission:
Die Redaktionskommission hat diese Vorlage geprüft. Sie hat lediglich in Paragraf 43a Absatz 2 eine sprachliche Verbesserung, wie wir meinen, vorgenommen und beantragt Ihnen im Übrigen gemäss der Vorlage Beschluss zu fassen. Besten Dank.

Redaktionslesung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I Das Gesetz über Controlling und Rechnungslegung vom 9. Januar 2006 wird wie folgt geändert:

§ 43a

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

IV.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage ist damit redaktionell durchberaten.

Schlussabstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 97 : 65 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), der Vorlage 5060b zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Die Vorlage untersteht dem fakultativen Referendum.

Das Geschäft ist erledigt.

11. Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an die Direktionen (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 17. September 2014 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 27. März 2015 **5125a**

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben freie Debatte beschlossen. I. bis III. untersteht der Ausgabenbremse. Es liegt ein Minderheitsantrag von Martin Arnold vor, auf die Vorlage nicht einzutreten.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil), Referent der Finanzkommission (FIKO): Jedes Jahr unterstützt der Lotteriefonds eine grosse Zahl von gemeinnützigen Projekten. Dabei verfügt der Regierungsrat für allgemeine Beiträge von bis zu 500'000 Franken eine Vergabekompetenz von jährlich 20 Millionen Franken für Projekte mit zürcherischem Bezug. Beiträge über 500'000 Franken sind dem Kantonsrat zu beantragen. Zudem kann er 10 Millionen Franken jährlich für die Inlandhilfe und Entwicklungszusammenarbeit sprechen. Ausserdem gehen pro Jahr rund 3,3 Mio. Franken an den Zoo Zürich.

Daneben bekommen die Fachstelle für Kultur in der Direktion der Justiz und des Inneren sowie die Baudirektion für die Denkmalpflege und

Archäologie auf Basis der Vorlage 4460a jährlich maximal je 8,5 Millionen Franken für Betriebszuschüsse und projektbezogene Beiträge. Die Gewährung dieser Leistungen wurde vom Kantonsrat im angesprochenen Beschluss bis 2016 befristet.

Der Kantonsrat legte zum damaligen Zeitpunkt ebenfalls fest, dass bis Ende 2014 auf der Grundlage eines Wirksamkeitsberichtes des Regierungsrates und aufgrund der Fondsfinanzen über eine allfällige Verlängerung des Kantonsratsbeschlusses entschieden werden soll.

Gemäss den Wirksamkeitsberichten der Direktion der Justiz und des Innern und der Baudirektion haben sich die Überträge aus dem Lotteriefonds bewährt und wesentlich zur Stärkung der jeweiligen Aktivitäten der Fachstelle Kultur und der Kantonalen Denkmalpflege geführt. Wie erhofft, konnte im Kulturbereich ein stärkeres Auseinanderklaffen bei der kantonalen Förderung der Hochkultur, Opernhaus, mit der weniger etablierten, regionalen Kultur verhindert werden. Die Gelder ermöglichten es der Baudirektion, Projektbeiträge zu gewähren und den Betrieb des Museums Schloss Kyburg, des Johannitermuseums im Ritterhaus Bubikon und den Verein zur Erhaltung alter Handwerks- und Industrieanlagen zu unterstützen.

Mit der Vorlage 5125 möchte der Regierungsrat diese befristeten Leistungen des Fonds nun verlängern und bereits ab Anfang 2016 ergänzen beziehungsweise erweitern. So soll die Fachstelle Kultur statt wie bisher 8,5 neu 14 Millionen Franken erhalten. Von den zusätzlichen 5,5 Millionen Franken sollen ab 2017 die Zürcher Filmstiftung, das freie Kulturschaffen sowie der künstlerische Nachwuchs profitieren. Der Regierungsrat beantragt ausserdem, dass der Lotteriefonds ab 2016 weitere 9 Millionen Franken der Kulturförderung übernimmt, welche bisher über Staatsbeiträge finanziert worden sind. Der Lotteriefonds würde die Fachstelle Kultur somit künftig mit insgesamt 23 Millionen Franken unterstützen.

Der Pauschalbeitrag für Denkmalpflege und Archäologie, Denkmalpflegefonds, soll aufgrund angemeldeter Vorhaben auf 9,5 Millionen Franken steigen. Neu könnte gemäss Antrag auch die Bildungsdirektion mit 6 Millionen Franken an den Lotteriefondsgeldern partizipieren: Dies würde die Unterstützung von kulturellen und sozialen Projekten im Schulbereich ermöglichen, die bis anhin keine Chance auf staatliche Mittel hatten. Schliesslich ist, ebenfalls neu, eine weitere halbe Million Franken für die Volkswirtschaftsdirektion vorgesehen: Dieser

Betrag soll unter anderem dem Zürcher Verkehrsverbund den Erhalt von historischen Verkehrsmitteln ermöglichen.

Die zusätzlich vom Lotteriefonds finanzierten Leistungen zugunsten von Bevölkerung und Kultur werden dazu führen, dass das verfügbare Kapital des Fonds von rund 330 Millionen Franken per 1. Januar 2015 weiter abgebaut wird. Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat daher, die neuen Beiträge bis 2021 zu befristen. Damit soll dafür gesorgt werden, dass die von Swisslos (*Schweizerische Lotteriegesellschaft*) empfohlene Reserve von zwei Jahreserträgen, derzeit rund 120 Mio. Franken, nicht unterschritten und die Flexibilität des Lotteriefonds erhalten bleibt.

Die Finanzkommission hat sich während rund einem halben Jahr vertieft mit der Vorlage auseinandergesetzt. Insbesondere wurden Fragen zu folgenden Punkten an die Finanz-, Bildungs- und Volkswirtschaftsdirektion gestellt: Es ging dabei vor allem um geplante Beitragsempfänger mit entsprechender Begründung. Es ging auch um den Umfang der einzelnen Beiträge und auch um die Überführung von Staatsbeiträgen in Betriebsbeiträge aus Lotteriefondsmitteln. Zudem hat sich die Finanzkommission im vergangenen März über die Lotteriefonds-Finanzplanung 2015 bis 2019 informieren lassen.

Kontrovers und intensiv diskutiert wurde in der Finanzkommission vor allem, dass der Lotteriefonds ab 2016 weitere 9 Millionen Franken der Kulturförderung übernehmen soll, welche bisher über Staatsbeiträge finanziert worden sind. Dennoch ist schliesslich eine knappe Mehrheit dem Antrag des Regierungsrates gefolgt. Wie Sie dem Antrag 5125a der Finanzkommission entnehmen können, will eine Minderheit nicht auf die Vorlage eintreten während eine weitere Minderheit der Fachstelle Kultur jährlich höchstens 14 Millionen Franken an Beiträgen aus dem Lotteriefonds gewähren möchte.

Im Namen einer Mehrheit der Finanzkommission beantrage ich Ihnen, auf die Vorlage einzutreten und ihr zuzustimmen. Besten Dank.

Minderheitsantrag Martin Arnold, Matthias Hauser, Jürg Sulser und Bruno Walliser:

Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

Matthias Hauser (SVP, Hüntwangen): Wie Sie gehört haben, hat die Regierung bereits 20 Millionen für zürcherische Belange, die sie pro

Jahr ausgeben kann. Und nun erhöhen wir mit dieser Vorlage in bestimmten Bereichen den Rahmen der Ausgaben, die die Regierung tätigen kann. Und zwar gehen wir auf 23 Millionen Franken pro Jahr für die Fachstelle Kultur, die bisher 8,5 Millionen pro Jahr erhalten hat. 5,5 Millionen dieser Aufstockung dienen der Erweiterung des Kreises berechtigter Institutionen, so kommt neu die Filmstiftung und zeitgenössisches Kulturschaffen in den Genuss von Geld. Weitere 9 Millionen, und das ist der einzige positive Punkt aus Sicht der SVP an dieser Vorlage, dienen der Entlastung des Staatshaushaltes. Das sind auch Gelder, die an die Fachstelle Kultur geflossen sind, aber aus Steuergeldern. Das wäre das Positive an dieser Vorlage. Aber es ist natürlich schade, wenn man gleichzeitig die Kulturausgaben insgesamt erhöht, wie das diese Vorlage möchte.

9,5 Millionen pro Jahr gehen an die Denkmalpflege. Bisher waren es 8,5 Millionen pro Jahr. Aufstockung 1 Million. 6 Millionen pro Jahr gehen neu an die Bildungsdirektion für Projekte, die bisher kein Anspruch auf Beiträge hatten. Auch hier eine Ausweitung quasi der Kompetenz der Regierung. 0,5 Millionen pro Jahr gehen an die Volkswirtschaftsdirektion, zum Beispiel für die Pflege historischer Fahrzeuge, die Metropolitankonferenz und den Verein GO! (*Verein zur Vergabe von Mikrokrediten*), auch Institutionen, die heute kein Anrecht auf Lotteriefonds-Beiträge haben.

Bei dieser Ausweitung der Beitragsbezüger steht die SVP nicht dahinter. Wir können hier nicht mitmachen. Insgesamt gehen die Kompetenzen, die bisher bei etwa 17 Millionen waren auf über 39 Millionen hinauf, wenn man alles zusammenzählt. Und da machen wir nicht mit. Das ist eine gewaltige Erhöhung des Rahmenkredites. Und diese führt dazu, dass der Lotteriefonds pro Jahr um 30 Millionen abgebaut wird. Und im Lotteriefonds drin sind nicht über 300 Millionen, wie das der ehemalige Präsident der Finanzkommission gesagt hat, denn es sind in Realität nur noch etwa 250 Millionen Franken.

Die gewünschten Beiträge sind zu hoch und gefährden den Fondsbestand bereits mittelfristig. Das durch die hohen Beiträge ermöglichte Kulturwachstum lässt sich später nicht mehr einfach so schmerzlos abbauen, wie diese Vorlage suggeriert, wenn der Fonds dann einst geleert ist. Sie können sicher sein, wenn wir jetzt diesem Rahmenkredit zustimmen, wenn der dann ausläuft, obwohl der Fonds leer ist, kommen die Rufe nach staatlichen Mitteln trotzdem. Und wir haben hier nirgends eine Grenze, welche diese beschränken würde.

Je höher die Beiträge sind, welche die Regierung jährlich sprechen kann, desto kleiner ist der Spielraum des Kantonsrates. Und das betrifft nun Sie alle. Wir haben ab und zu eine Kantonsratsvorlage über den Lotteriefonds und wir sagen immer, das können wir uns noch leisten, aber wenn wir hier einen Rahmenkredit festlegen, können wir uns das nachher nicht mehr leisten. Sie haben gehört, wie stark das runtergeht, und wir beschränken hier den Spielraum des Kantonsrates.

Der Fondsabbau entlastet die laufende Rechnung mit diesen 9 Millionen leider zu wenig. Wenn es schon geht, dann sollten wir mit dem Lotteriefonds mehr Dinge finanzieren, welche heute aus der laufenden Rechnung bezahlt werden. Da sind wir diametral anderer Ansicht als die SP mit ihrem Minderheitsantrag zu dieser Vorlage.

Und dann noch zu guter Letzt: Gewisse in der Vorlage erwähnte Projekte sind für uns aus politischer Sicht nicht unterstützungswürdig, zum Beispiel der Kindergarten plus oder die Metropolitankonferenz sollten sicher nicht Aufgabe der öffentlichen Hand sein, wie der Verein GO! oder die Pflege von alten Fahrzeugen.

Die Vorlage, die jetzt im Moment besteht, läuft 2016 aus, wir haben es gehört. Wenn wir heute Nichteintreten beschliessen, dann wird auf Ende 2016 eine neue Vorlage der Regierung kommen, die ganz einfach den bisherigen Kredit belässt, ohne dass man diesen Rahmen auf 39 Millionen erhöht. Wenn wir im bisherigen Rahmen weiterfahren wollen, wie es der Zweck der ursprünglichen Vorlage war, das können Sie machen, da ist die SVP dafür, aber nicht diese Ausweitung auf 39 Millionen insgesamt. Ich bitte Sie, nicht auf die Vorlage einzutreten.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): So wie es zum jetzigen Zeitpunkt aussieht, wird mit aller Voraussicht der Kantonsrat die Vorlage annehmen und damit eine Dummheit begehen. Ich nehme es vorweg, die SP macht bei dieser Dummheit mit. Da ja die SP grundsätzlich nur bei gescheiterten Sachen mitmacht, muss ich noch etwas erläutern, wie es dazu kommt.

Bei dieser Sammelvorlage handelt es sich ja einerseits um eine Verlängerung einer bestehenden Vorlage und auch um eine Ergänzung um zusätzliche Teile. Bekanntlicherweise wissen wir, dass der Lotteriefonds zurzeit noch relativ gut gefüllt ist. Bekanntlicherweise wissen wir auch, dass man dem Kanton Zürich nicht allzu volle Töpfe vor die Nase halten sollte, vor allem wenn er das Gefühl hat, er sei bald in Finanznöten. Wir hatten eine ähnliche Geschichte schon in etwas

schlimmerem und grösserem Ausmass mit der BVK (*Vorsorgeeinrichtung der Angestellten des Kantons Zürich*). Dort war der Kanton Zürich auch knapp, darum hat man Renten mit der Pensionskasse finanziert statt aus der Staatsrechnung. Jetzt machen wir im Prinzip etwas ganz Ähnliches.

So wie die Ausgangslage war, ist es eigentlich verständlich, dass man schaut, was könnte man noch dazu tun, wo wären Ergänzungen sinnvoll. Bis soweit verstehen wir es auch. So finden wir zum Beispiel die zusätzliche Unterstützung für die Filmstiftung sinnvoll, und es gibt auch andere verschiedene Beiträge, die durchaus Sinn machen und die in dem Rahmen auch vernünftig sind. Hier geht es zum Teil um Betriebsbeiträge von Vereinen und so weiter und so fort.

Leider hat einfach unser Regierungsrat etwas über die Stränge geschlagen. Man hat dann gedacht, okay, wir haben einen vollen Topf und wie können wir daraus unsere Staatsfinanzen etwas entlasten und hat dann begonnen, sich gewisse Staatsaufgaben aus dem Lotteriefonds finanzieren zu lassen. Und da frage ich mich dann schon auch, was dann die Swisslos-Spieler denken. Normalerweise wollen Swisslos-Spieler Geld gewinnen und die wenigsten denken, ich mache damit etwas Gemeinnütziges, aber sie denken vielleicht, wenn ich schon was verliere, dann wird damit wenigstens etwas Gemeinnütziges gemacht. Und ob dann de facto Zürcher Steuern zahlen, etwas Gemeinnütziges ist, das sei mal dahingestellt.

Mit der jetzigen Vorlage, es wurde schon erwähnt, wird der Lotteriefonds jährlich um circa 30 Millionen abgebaut und dies obwohl in der nächsten Vorlage für die Entwicklungshilfe und die Entwicklungszusammenarbeit 2 Millionen gekürzt werden. Das heisst, wenn man die verschiedenen Szenarien anschaut, kann es in drei, vier, fünf Jahren unter diesen Schwellenwert von zweimal den Lotteriefondsbeiträgen fallen. Das heisst, dann braucht es eine neue Vorlage. Nur das Problem ist, in dieser Vorlage haben wir eine Reihe von wiederkehrenden Beiträgen. Und wiederkehrende Beiträge sind relativ schwierig zu kürzen, ohne dass man wahnsinnige Schmerzen verursacht, weil das sind Institutionen, die sind davon abhängig, dass diese wiederkehrenden Beiträge tatsächlich kommen. Und dann ist man irgendwo in einer dummen Situation. Weil man hat dann eigentlich nur noch die Auswahl zwischen verschiedenen schlechten Möglichkeiten. Wenn man schon das Volumen hier anschaut, dann muss irgendwie bei diesen wiederkehrenden Beiträgen gekürzt werden oder man versucht etwas

zurück in die Erfolgsrechnung zu tun, was nicht eine wahnsinnig realistische Möglichkeit ist im aktuellen politischen Kanton Zürich. Oder man streicht irgendwo sonst zusammen, wo man jetzt noch freie Mittel zur Verfügung hat, wo man etwas Spezielles unterstützen kann. Dort fehlt dann einfach das Geld. Und man hat es geschafft in kürzester Zeit aus einem gut gefüllten Lotteriefonds einen unterdotierten Lotteriefonds zu produzieren.

Wie Sie sehen, gibt es eigentlich verschiedene Punkte, die wir hier kritisieren, und es ist ja auch irgendwie in der Summe, wo es problematisch wird. Wir fanden aber dann, dass wir uns bei unserem Minderheitsantrag auf etwas konzentrieren, einerseits auf den unserer Meinung nach stossendsten Punkt und auch einer der finanziell massiv einschenkt. Wir beantragen nämlich, dass die Beiträge für die Fachstelle Kultur von 9 Millionen, die ja neu nicht mehr durch Staatsmittel finanziert werden sollen, sondern vom Lotteriefonds, weiterhin durch Staatsmittel finanziert werden sollen und eben nicht vom Lotteriefonds. Das heisst, wir beantragen eine Kürzung um diese 9 Millionen und aufgrund der Formulierung, wie wir sie gewählt haben, ist garantiert, dass der andere Betrag in der Erfolgsrechnung bleiben muss.

Was ist, wenn Sie unseren Minderheitsantrag nicht annehmen? Dann, wie gesagt, kommen wir in Kürze unter diesen Schwellenwert und dann haben wir eben genau bei diesem Posten ein Problem. Weil dort sagt man dann, aha, ja das sind freischaffende Kulturschaffende, da kann man noch eher etwas kürzen und de facto wissen wir einfach heute, wenn Sie unseren Minderheitsantrag nicht annehmen, werden wir in drei bis fünf Jahren in der Fachstelle für Kultur ein massives Kürzungsprogramm haben. Und sie können mir nicht glaubhaft erzählen, vor allem nach Ihren Aussagen von heute Morgen, dass dann diese 9 Millionen vollumfänglich wieder zurück in die normale Erfolgsrechnung fliessen.

Deshalb bitten wir Sie, unseren Minderheitsantrag anzunehmen. Es ist dann immer noch am Rande eine bedenkliche Vorlage, aber sie wäre noch vertretbar, und sie wäre langfristig nachhaltig. Wenn Sie ihn nicht annehmen würden, dann müsste man sich dann wirklich ernsthaft Gedanken machen über die Kulturfinanzierung. Je nach dem müssten wir dann mit anderen Vorstössen von der SP aus vorstellig werden.

Aber neben dieser ganzen finanzpolitischen Argumentation, find ich, gibt es auch eine grundsätzliche Argumentation, weshalb man nicht die Mittel von der Fachstelle für Kultur in den Lotteriefonds verschie-

ben soll. Kultur ist eine wichtige Aufgabe im Kanton Zürich, und sie ist eine zentrale Aufgabe. Und es geht nicht an, dass man sagt, das ist uns dermassen unwichtig, dass wir keine normalen Mittel mehr einfliessen lassen, sondern dass wir das nur noch dem Lotteriefonds delegieren. Ich glaube, das steht grundsätzlich der Kultur nicht an und ist ihr unwürdig. Und deshalb finde ich, wer tatsächlich hinter der Kultur steht, kann eigentlich auch nur unserem Minderheitsantrag zustimmen.

Wenn Sie mir jetzt zugehört haben, dann müssten Sie eigentlich denken, logisch wäre, wenn unser Minderheitsantrag abgelehnt würde, müsste die SP Nein sagen. Dem ist aber nicht so. Wir werden der Vorlage trotzdem zustimmen. Und das hat einen einfachen Grund. Gewisse Mitteparteien, die sehr gerne behaupten, sie würden sich für die Kultur einsetzen, haben uns sehr glaubhaft gemacht, dass falls wir diese Vorlage zusammen mit der SVP ablehnen würden, sie dann die verbleibenden 9 Millionen, die es ursprünglich hatte *im KEF (Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan)*, nicht wieder einsetzen würden, sondern rausstreichen würden. Sie wären also bereit, 9 Millionen auf das nächste Jahr bei der Kultur zu streichen.

Man muss sagen, sie haben die Kultur in Geiselhaft genommen, und man muss sagen, ja, wir haben uns erpressen lassen. Weil uns liegt die Kultur tatsächlich am Herzen, und wir können es nicht verantworten, dass auf nächstes Jahr 9 Millionen bei der Kultur gekürzt werden. Deshalb werden wir halt dieser Vorlage zustimmen. Es gibt auch ein paar andere Ergänzungen, die in der Vorlage nicht schlecht sind, und so werden wir sie schlussendlich annehmen.

Aber, wie Sie sehen, es ist eine problematische Vorlage. Wir werden uns in einigen Jahren massive Probleme einhandeln bei der Kulturfiananzierung, und ich möchte Sie doch nochmals dazu auffordern, nutzen Sie die Gelegenheit und machen Sie doch wenigstens aus dieser Vorlage etwas einigermaßen Vernünftiges und stimmen Sie unserem Minderheitsantrag zu. Danke.

Beatrix Frey (FDP, Meilen): Ich mache es hier wohl nicht ganz so kompliziert wie meine Vorrednerin, und ich nehme es gleich vorweg, die FDP-Fraktion wird auf die Vorlage eintreten, und sie wird ihr auch zustimmen, und zwar in der Form, wie sie die Mehrheit der FIKO vorschlägt.

Wir sehen die Sache denn auch etwas entspannter als unsere Vorrednerinnen und Vorredner von der SP und der SVP. Die FDP hat sich mehrfach dafür ausgesprochen, dass die Lotteriefondsgelder genutzt werden und dass der Kanton Zürich die Vergaberichtlinien nicht päpstlicher auslegen sollte als der Vatikan. Den mit der Vorlage verbundenen mutmasslichen Vermögensabbau von 25 bis 35 Millionen Franken pro Jahr beziehungsweise 180 bis 200 Millionen Franken bis 2021 finden wir vertretbar. Es ist aus unserer Sicht auch sinnvoll, den Vermögensabbau mit Überträgen an die Direktionen beziehungsweise mit einer verstärkten Unterstützung von kleinen und mittelgrossen Projekten zu erreichen, als mit der Suche nach den ganz grossen «Kisten». So ganz nach dem Motto – und das sollte euch gefallen –, «Lotteriefondsgelder für alle statt für wenige».

Wir unterstützen auch explizit den Übertrag von 23 Millionen Franken im Bereich Kultur inklusive der damit verbundenen Umschichtung von 9 Millionen Franken aus dem Staatshaushalt. Wir würden hier sogar gerne noch einen Schritt weiter gehen und die Grundlage schaffen, dass künftig alle Kulturbeiträge, welche keine spezialgesetzliche Grundlage haben, wie beispielsweise das Opernhaus oder das Theater des Kantons Zürich, über den Lotteriefonds finanziert werden. Wir haben grosse Sympathie für die Schaffung eines Kulturfonds, wo diese Mittel gesichert und gebündelt sowie nach einheitlichen und transparenten Vergabekriterien zur Förderung eines breiten Kulturangebots eingesetzt werden könnten. Der Regierungsrat würde Vergaberichtlinien ausarbeiten, deren Erlass und Einhaltung vom Kantonsrat genehmigt werden müssten. Die Vergabe könnte wie bisher durch die Fachstelle Kultur vorbereitet und je nach Beitragshöhe durch die zuständigen Organe beschlossen werden. Damit würde mit einfachen Mitteln und ohne zusätzlichen bürokratischen Aufwand eine konsistente und wirkungsvolle Breitenwirkung bei der Kulturförderung erzielt.

Wir hoffen, dass sich die Kantonsratskolleginnen und -kollegen während den Sommerferien von dieser Idee inspirieren lassen, sei es an einem Filmfestival, einem Open-Air-Konzert, einer Ausstellung oder an einem Theaterspektakel, sodass wir nach der Sommerpause breite Unterstützung für einen entsprechenden Vorstoss finden. Heute aber unterstützen wir die Vorlage 5125.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Es geht hier bei diesen Lotteriefondsbeiträgen an die Direktionen um ein Gesamtpaket und, wir meinen,

um ein pragmatisch geschnürtes Paket. Wir sind also sowohl dagegen, das Paket nicht abzuschicken, wie das die SVP fordert, als auch das Paket nochmals aufzuschnüren, wie von der SP gefordert, und noch mehr reinzupacken. Wir stimmen also der Vorlage zu und beurteilen die angekündigten oder angedrohten Vorstösse dann später, wenn sie tatsächlich vorliegen. Danke.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten): Die heutige Vorlage ist eine Sammel-surium von verschiedenen einzelnen Anträgen. Eigentlich hätte man den Antrag betreffen Amt für Landschaft und Natur (*Vorlage 5144*), den wir letzte Woche am Montag behandelt haben, ebenfalls in diese Vorlage hineinpacken können.

Periodisch werden die Beiträge an die Kultur und den Denkmalfonds neu beurteilt und neu erteilt. Im vorliegenden Antrag werden das erste Mal auch Beiträge an die Bildungsdirektion und die Volkswirtschaftsdirektion mitgesprochen. In der Weisung selber hat die Volkswirtschaftsdirektion noch Wünsche geäußert, so war zum Beispiel eben die Diskussion über die Metropolitankonferenz, dass sie unter Umständen auch in den Genuss von Beiträgen kommt. Zum Glück haben sich da die Projekte in der Zwischenzeit konkretisiert und auf Nachfrage der FIKO wurde mitgeteilt, dass rund 400'000 Franken für die Mehrkosten für den Betrieb der beiden alten Dampfschiffe der «Stadt Zürich» und der «Stadt Rapperswil» eingesetzt werden, weil diese mehr Treibstoff und einen höheren Personalaufwand haben.

Am meisten Diskussion hat wohl aber der Beitrag an die Kultur gegeben. Die Unterstützung der Fachstelle Kultur ist sicher als sehr positiv zu beurteilen. Für die Vergabepaxis konnte eine klar und gut handhabbare Rechtsgrundlage geschaffen werden. Die Gewährung von Betriebsbeiträgen an regionale Kulturinstitutionen und Defizitdeckung für Gemeindeprojekte hat für eine Stärkung des Kulturangebots ausserhalb der Zentren geführt. Aufgrund dieser und noch viel mehr positiven Erfahrungen will man und soll man in den Augen der grünen Fraktion auch die Beiträge weiter in diesem Rahmen entrichten.

Eine Erhöhung gibt es noch um den Betrag von 5,5 Millionen. Dort wird vor allem die Filmstiftung unterstützt, zudem gilt es Projekte, die neue kulturelle Impulse setzen und den Nachwuchs fördern zu unterstützen.

Weniger begeistert sind wir, dass die 9 Millionen, die heute aus den Staatsmitteln bezahlt werden, über den Lotteriefonds finanziert werden. Hier setzt ja, das haben wir gehört, der Antrag der SP an. Wir haben diesen Antrag in der Fraktion sehr stark diskutiert, und nach längerem Abwägen und längerem Hin und Her kamen wir zum Schluss, dass wir uns entscheiden unter dem Motto «Lieber den Spatz in der Hand, als die Taube auf dem Dach» den Minderheitsantrag abzulehnen. Denn mit dieser Vorlage sind die Beträge bis 2021 zugesichert. Bei Annahme des Antrags der SP muss jedes Jahr der Betrag im Budget wieder neu gesprochen werden. Und deshalb könnten Projekte gefährdet werden. Also, eigentlich haben wir jetzt den «Spatz» bis 2021, da wir die 9 Millionen aus dem Lotteriefonds haben, haben aber auch genügend Zeit, in dieser Zeit neue Vergabekriterien oder neue Vorlagen zur Vergabe der Beiträge auszuarbeiten.

Dem gesamten Antrag stimmen wir zu, wir lehnen aber den Nichteintretens-Antrag leider, lieber Matthias Hauser, ab.

Yvonne Bürgin (CVP, Rüti): Die CVP stimmt dem Antrag der Regierung zu. Die Überträge aus dem Lotteriefonds an die Kulturinstitutionen haben sich bewährt. Wir begrüßen die Fortführung der Zahlungen und ebenso die Erhöhung um 5,5 Millionen mit welcher neu die Zürcher Filmstiftung sowie der künstlerische Nachwuchs gefördert werden kann. Ausserdem betrachten wir die Überführung der Staatsbeiträge für die Fachstelle Kultur von 9 Millionen in Betriebsbeiträge des Lotteriefonds für zweckmässig. Der Vermögensstand des Lotteriefonds lässt dies zu. Und da diese Vorlage auf sechs Jahre befristet ist, werden wir rechtzeitig eine Neubeurteilung vornehmen können.

Peter Reinhard (EVP, Zürich): Nichts im Leben ist absolut und sicher und schon gar nicht auch in Zukunft garantiert. In dieser Vorlage beurteilen wir positiv, dass mit den Lotteriefondsgeldern Projekte aus dem steuerfinanzierten Bereich finanziert werden können. Kritisch ist, dass unklar ist, was nach Ablauf der Weisung passiert oder ob dann Kulturgelder wieder gesprochen werden oder nicht. Auf der anderen Seite ist die Gefahr gross, dass diese Gelder in einer nächsten Sparrunde gestrichen werden. Aber das ist natürlich so, ob wir jetzt dem einen oder dem anderen zustimmen oder nicht.

Die Sicherstellung der bisherigen Finanzierung durch den Lotteriefonds ist gegeben, und wir sind der Meinung, dass der Antrag des Re-

gierungsrates positiv gewichtet werden kann, weshalb wir die Minderheitsanträge ablehnen und den neuen Finanzierungsvorschlägen zustimmen.

Laura Huonker (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird auf die Vorlage eintreten, mit grossem Unbehagen. Es beschämt uns, dass diese Diskussion überhaupt so stattfinden muss. Was ist denn dieser kultur- und finanzpolitische Dreh? Mir erscheint das als eine wenig rühmliche Mischung aus Trauerspiel und Provinzposse. Denn Kulturgelder gehören ins ordentliche Budget. Sie sind eine allgemeine Staatsaufgabe, und zwar eine der wichtigsten, jedenfalls in einem Kulturstaat und ein solcher wollen wir doch sein.

Zudem ist es so, dass die Kulturtätigen gerade auch in Zürich touristisch und volkswirtschaftlich wichtige Wertschöpfung generieren. Es geht um Geld für die im freien Kulturbereich Tätigen, also nicht die grossen Häuser, nicht die grossen Budgets, sondern das freie Kulturschaffen. Das sind die wagemutigen Kleinunternehmer im Kulturbereich. Für sie muss auch nach dem einmaligen Finanzierungstrick aus dem Lotteriefonds wieder Geld aus der Staatskasse fliessen.

Warum? Zuschüsse aus dem Lotteriefonds sind ein Pflaster, ein Notbehelf. Was die AL vertritt, ist die normale, selbstverständliche, ordentliche, gesetzliche Finanzierung von Kultur wie bei allen anderen Bereichen auch. Wenn Kulturschaffende zu Gnadenempfängern zufällig gerade vorhandener Geldmittel werden, ist das eine sehr unverdiente Degradierung.

Wir stehen vor den Ferien. Was suche Sie in einem fremden Land? Was die Touristinnen und Touristen hier? Schöne Landschaften und Kultur. In einem Kulturstaat ist Kultur ein wichtiger, gesetzlich anerkannter und geforderter Bereich und nicht etwas, was es allenfalls auch noch gibt. Uns stört die lotterige Finanzierung von Kultur durch den Lotteriefonds. «Das isch es Gwurschtel ohni Konzept», ohne solide gesetzliche Grundlage. Dieses Gremium, das einen Gemischtwarenladen von Naturschutzprojekten bis zur dörflichen Vereinskultur abzudecken versucht, ist überfordert. Die AL will eine würdige, auf gesetzlicher Grundlage basierende Kulturfinanzierung.

Trotzdem, kein Geld für Kultur ist absolut keine Option, es ist ein «No-Go». Daher treten wir auf dieses prekäre Finanzierungsprovisorium ein, aber ohne Applaus für das Stück, das hier gegeben wird.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die EDU-Fraktion lehnt die beantragte Erhöhung der jährlich wiederkehrenden Beitragsleistungen aus dem Lotteriefonds um 22 Millionen Franken ab und unterstützt daher den SVP-Minderheitsantrag auf Nichteintreten.

Den SP-Minderheitsantrag werden wir ablehnen. Aus Sicht der EDU müssten die Kulturausgaben nicht nur teilweise umgelagert, sondern tendenziell abgebaut und nicht erhöht werden. Weiter stören wir uns daran, dass nun insgesamt vier Direktionen Lotteriefondsmittel beziehen wollen. Fragwürdig erscheint uns auch die vorgesehene Zuwendung von 6 Millionen Franken Projektbeiträgen an die Bildungsdirektion, da die Bildungsdirektion in den letzten Jahren häufig Anlass zu kontroversen Debatten gegeben hat, da es verschiedene Grauzonen zwischen Nötigem, Wünschbarem oder Unerwünschtem gibt.

Natürlich kann man an die Zweckbestimmung des Lotteriefonds, dessen Mittel für gemeinnützige und wohltätige Zwecke zu verwenden sind, nicht allzu hohe Anforderungen stellen. Es geht aber auch nicht an, dass mit der Kompetenzverlagerung auf den Regierungsrat dem Kantonsrat Entscheidungskompetenzen im Umfang von jährlich 22 Millionen Franken entzogen werden, über die er bisher befinden konnte. Wir werden die Vorlage daher, falls darauf eingetreten wird, ablehnen. Danke.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Eigentlich haben wir eine schöne Aufgabe diesen Nachmittag. Wir können einen Topf leeren oder absenken, in dem es viel Geld hat. Das kann praktisch niemand in diesem Land. Ich bin ja im Verwaltungsrat der Swisslos und alle schauen immer ganz gierig auf den Zürcher Topf, denn die anderen Töpfe sind bereits vom Parlament verteilt, wenn die Zahlung von Swisslos eintrifft. Und wir haben die Aufgabe, diesen Topf abzusenken. Ich sage Ihnen, geniessen Sie das, solange wir es noch können.

Es wurde auch in diesem Saal nicht bestritten, dass diese Mittel, wohin sie auch fliessen, eigentlich positiv und befruchtend wirken – wie der Regen gestern Abend – und gerne genommen werden. Das wurde in diesem Rat nicht bestritten, und das ist auch das Werk der zuständigen Leute, die diesen Lotteriefonds betreuen und die Gelder verteilen. Das ist nämlich nicht so eine einfache Aufgabe, weil manchmal auch Nein gesagt werden muss.

Und ich kann Ihnen auch sagen, es ist für den Regierungsrat, aber auch für den Kantonsrat schön, wenn man Mittel jemandem zusprechen kann, weil man damit immer Freude macht.

Aber das, was wir heute beschliessen, meine Damen und Herren, das möchte ich hier klar und deutlich sagen, ist eine Übergangslösung, weil wir diesen Topf absenken wollen, und, ich denke, es ist auch gescheit, wenn wir das machen, sonst könnte irgendeinem mal in den Sinn kommen, die Zürcher wüssten nicht, was machen mit dem Geld und machen dann einen anderen Schlüssel, und das wollen wir natürlich nicht.

Wenn ich Ihnen jetzt so zugehört habe und die Argumente dafür und dagegen gehört habe, denke ich, sind wir etwa in der Mitte der Einigkeit. Und ich muss sagen, und es war ja meine *Vorgängerin (Altregierungsrätin Ursula Gut)*, die diese Weisung gemacht hat, sie hat es gut gemacht. Es wurde zwar protestiert, aber man stimmt dann trotzdem zu, und darum denke ich, wir sind auf dem richtigen Weg und werden diesen Weg weitergehen.

Aber für diejenigen, die sagen, es wären keine staatlichen Mittel und es sei ja schlimm, es werden keine staatlichen Mittel beziehungsweise Steuergelder in die Kultur gesteckt, neben den grossen Häusern, muss ich einfach hier nochmals klar und deutlich festhalten, über den Kulturlastenausgleich, im Ausgleich zwischen den Gemeinden, werden knapp 50 Millionen an die Stadt Zürich und die Stadt Winterthur aus Steuermitteln verteilt.

Frau Joss weiss anscheinend, wie die Swisslos-Spielerinnen und Spieler denken, wenn sie spielen. Ich weiss es nicht. Ich weiss nur eines, Frau Joss, nämlich dass wir den Vergleich bei der Mittelvergabe mit anderen Kantonen – und die Swisslos spielt ja in der ganzen Schweiz –, dass wir diesen Vergleich jederzeit bestehen können. Auch mit dieser neuen Vorlage. Da bin ich jederzeit bereit, hier Rede und Antwort zu stehen. Wir vergeben nach gemeinnützigen Zwecken und entsprechen jederzeit den gesetzlichen Grundlagen. Applaus, Frau Huonker, erwartet der Regierungsrat nicht, bekommt er auch selten in diesem Rat (*Heiterkeit*), aber ich glaube, ich habe es ja schon gesagt, man kann schon sagen, das ist die wichtigste Aufgabe, das ist vielleicht so, aber es gibt verschiedene Meinungen hier drin. Solang die Mittel hier sind, sollten Sie sie nehmen, sollten Sie sie geniessen, weil es in der Zukunft nicht einfacher werden wird, insbesondere wenn ich dem Rat heute Morgen zugehört habe. Ich bitte Sie deshalb, dem Antrag der

Regierung zuzustimmen. Er ist gut und wirkt befruchtend auf die Kultur des Kantons Zürich. Besten Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir stimmen über den Minderheitsantrag Arnold ab.

Minderheitsantrag Martin Arnold, Matthias Hauser, Jürg Sulser und Bruno Walliser:

Auf die Vorlage wird nicht eingetreten.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) den Minderheitsantrag abzulehnen. Damit ist Eintreten beschlossen.

Eintreten

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

Minderheitsantrag Rosmarie Joss und Sabine Sieber:

Aus dem Lotteriefonds werden jährlich höchstens Fr. 14'000'000 der Fachstelle Kultur für die Freien Kulturkredite des Regierungsrates und für die Zusprechung wiederkehrender Betriebsbeiträge zugunsten ausgewählter Kulturinstitute übertragen. Eine Überführung von Staatsbeiträgen in Betriebsbeiträge aus Lotteriefondsmitteln ist dabei ausgeschlossen.

Der Antrag der Finanzkommission wird dem Minderheitsantrag Joss gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 128 : 34 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Antrag der Finanzkommission zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Sie haben dem Kommissionsmehrheitsantrag und somit dem Betrag von jährlich höchstens 23 Millionen Franken zugunsten der Fachstelle Kultur zugestimmt.

Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht derzeit aus 179 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 90 Stimmen. Kommen weniger als 90 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt.

Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), I. der Vorlage 5125a zuzustimmen. Das Quorum der Ausgabenbremse ist erreicht worden.

II.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Gibt es zu II. Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann stellen wir auch hier fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird.

Der Kantonsrat beschliesst mit 104 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), II. der Vorlage 5125a zuzustimmen. Das Quorum der Ausgabenbremse ist erreicht worden.

III.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Gibt es zu III. Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann stellen wir auch hier fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), III. der Vorlage 5125a zuzustimmen. Das Quorum der Ausgabenbremse ist erreicht worden.

V. bis VII

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

12. Bewilligung eines Rahmenkredites für Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit 2015 bis 2017 (Loteriefonds) (Ausgabenbremse)

Antrag des Regierungsrates vom 11. Februar 2015 und geänderter Antrag der Finanzkommission vom 7. Mai 2015 **5167a**

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wir haben freie Debatte beschlossen. I. untersteht der Ausgabenbremse. Das Wort zum Eintreten hat der Referent der FIKO, Jean-Philippe Pinto.

Jean-Philippe Pinto (CVP, Volketswil), Referent der Finanzkommission (FIKO): Mit der Vorlage 5167 vom 11. Februar 2015 beantragt der Regierungsrat dem Kantonsrat, für den Zeitraum von 2015 bis 2018 einen neuen Rahmenkredit für die Inlandhilfe und Entwicklungszusammenarbeit im Umfang von 32 Millionen Franken aus dem Lotteriefonds zu bewilligen. Damit möchte er das Engagement zugunsten von benachteiligten Regionen im In- und Ausland fortführen.

In den letzten vier Jahren hat der Regierungsrat zu Lasten des vom Kantonsrat mit der Vorlage 4856 bewilligten Rahmenkredits 49 Projekte in finanzschwachen Bergregionen der Kantone Graubünden, Uri und Tessin sowie im Oberwallis unterstützt. Die Beiträge von maximal 500'000 Franken gingen überwiegend an Projekte zum Schutz vor Naturgefahren, zur Behebung von Unwetterschäden, zum Erhalt von historischen Verkehrswegen und zur Aufwertung traditioneller Kulturlandschaften. Total hat der Regierungsrat dafür 11,5 Millionen Franken freigegeben.

Weitere 23,7 Millionen Franken gingen an Vorhaben in der Dritten Welt, wo das Schwergewicht der berücksichtigten 105 Projekte bei der Armutsbekämpfung, der Ausbildung und der Gesundheitsförderung lag. Besonders erfreulich war, dass auch verschiedene Projekte von staatsnahen zürcherischen Institutionen berücksichtigt werden konnten, Pädagogische Hochschule, Kinderspital, Verein für Bewährungshilfe in Osteuropa, Kantonspolizei, Gebäudeversicherung, Kirchgemeinde Maur und Universitätsspital.

Weil sich die Vergabepolitik bewährt hat, drängt sich gemäss Regierungsrat keine diesbezügliche Änderung auf – weshalb er einen weiteren Rahmenkredit in Höhe der bereits erwähnten 32 Millionen Fran-

ken beantragt. Die Aufteilung auf die Inlandhilfe und die Entwicklungszusammenarbeit im Ausland soll wie bisher flexibel und auf die Zahl der eingehenden Gesuche ausgerichtet bleiben. Mit dem von 10 auf 8 Millionen Franken reduzierten Beitragsvolumen pro Jahr möchte der Regierungsrat den Umstand berücksichtigen, dass der Vermögensabbau des Lotteriefonds zunehmen dürfte.

Die Finanzkommission hat die Vorlage 5167 intensiv beraten. Diskutiert wurde einerseits, für welchen Zeitraum der Rahmenkredit bewilligt werden soll und andererseits, ob der jährliche Beitrag von 8 Millionen Franken in maximal zur Verfügung stehende Tranchen von je 4 Millionen Franken für Vorhaben der Inlandhilfe beziehungsweise der Entwicklungszusammenarbeit aufzusplitten ist.

Eine Mehrheit der Finanzkommission kam dabei zum Schluss, dass das verspätete Vorlegen des regierungsrätlichen, rückwirkenden Antrags zuhanden des Kantonsrates äusserst unbefriedigend ist. Daraus ergibt sich für eine Zeitspanne von rund einem halben Jahr eine Situation, in welcher keine Rechtsgrundlage für die Auszahlung finanzieller Mittel besteht. Für den Rahmenkredit 2015 bis 2018 hätte der Regierungsrat deshalb spätestens vor den Sommerferien 2014 beschliessen müssen, damit vor Beginn der Laufzeit des Rahmenkredites der Kantonsrat seinen Beschluss hätte fällen können. Weiter hält es die Kommissionsmehrheit für störend, dass quasi der «alte» Regierungsrat für die Legislaturperiode des «neuen» Regierungsrates das Geschäft vorbereitet und beschliesst. Korrekt wäre, dass sich der Regierungsrat in der ersten Hälfte seiner Legislatur mit der Thematik auseinandersetzt und anfangs des dritten Amtsjahres darüber entscheidet, in der Legislatur 2015 bis 2019 im Juni 2017. Danach hätte der Kantonsrat dann ein halbes Jahr Zeit, das Geschäft zu beraten und den abschliessenden Entscheid zu fällen. Nach Ende der Laufzeit des Rahmenkredites 2017 sollte wieder der Vierjahreszyklus zur Geltung kommen. Ein auf diesen Ausführungen basierender Antrag der FDP-Fraktion wurde aus den vorgenannten Gründen von einer Mehrheit der Finanzkommission gutgeheissen.

Die Finanzkommission möchte an dieser Stelle noch darauf hinweisen, dass gemäss Seite 19, Kapitel 2.1 der Vorlage 5167 einer Organisation ein Beitrag für ein Vorhaben der DEZA (*Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit*) nur dann gewährt wird, wenn die Organisation im vergangenen oder im laufenden Jahr über DEZA-Gelder verfügte beziehungsweise verfügt. Neben kleineren Institutionen

könnten davon auch grössere wie das Kinderspital Zürich betroffen sein. Aus Sicht der Finanzkommission wäre es bedauerlich, wenn bisher unterstützte Institutionen wegen dieser Richtlinie keine Beiträge mehr erhielten.

Wie dem Dispositiv 5167a entnommen werden kann, beantragt Ihnen hiermit die Finanzkommission, aus dem Lotteriefonds für die Jahre 2015 bis 2017 einen Rahmenkredit von 24 Millionen Franken zur Unterstützung von Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit zu bewilligen. Im Namen der Mehrheit der Finanzkommission bitte ich Sie, der Vorlage 5167a zuzustimmen.

Jürg Sulser (SVP, Otelfingen): Sowohl der Antrag der Finanzkommission wie auch der Minderheitsantrag Joss (*Rosmarie Joss*), Sieber (*Sabine Sieber*) und Kaeser (*Regula Kaeser*) auf eine Verlängerung des Rahmenkredites auf fünf Jahre aus dem Lotteriefonds für die Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit wird von der SVP abgelehnt.

Da von einer stärkeren Vermögensabnahme im Lotteriefonds als im KEF (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*) geplant ausgegangen werden muss, haben wir von der SVP mit Freude festgestellt, dass die Regierung von selber den Rahmenkredit von 10 Millionen Franken um 2 Millionen Franken vermindert und einen Rahmenkredit von 8 Millionen Franken beantragt hat. Dies entspricht dem Betrag, der vor der Erhöhung des Rahmenkredits 2010 für die Inlandhilfe und Entwicklungszusammenarbeit jährlich zur Verfügung stand.

Bedauerlich ist, dass der Kredit der Inlandhilfeprojekte nicht ausgeschöpft werden konnte. Die vollständige Ausschöpfung der Auslandhilfe lässt hingegen die Vermutung zu, dass diese Projekte schon rein aus geografischer Sicht meist larger gehandhabt werden und deshalb einer weniger genauen Überprüfung unterliegen als inländische Projekte. Es wird zwar bemängelt, dass bei der Inlandhilfe meist zu wenige Projekte vorhanden seien, um den bisherigen Kreditrahmen voll auszuschöpfen. Andere Kantone scheinen hier aber weit mehr Fantasie an den Tag zu legen. Und auch bei der Auslandhilfe ist eine wesentlich höhere Kreativität feststellbar. Wir sind jedoch der Überzeugung, wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. In diesem Sinn sind wir der Auffassung, dass für uns nur die hälftige Aufteilung von maximal je 4 Millionen Unterstützungsvorhaben im In- und Ausland in Frage kommt. Als logische Konsequenz sind wir auch gegen eine flexible Aufteilung der in- und ausländischen Unterstützung.

Zudem sind wir der klaren Auffassung, dass nur noch Länder Beiträge erhalten sollen, welche bei der Rückführung von abgewiesenen Asylanten mit unserem Staat kooperieren. Sonst sind wir mehrfach bestraft, und das kann ja nicht Sinn und Zweck der Auslandhilfe sein. Wir ersuchen Sie deshalb, unserem Minderheitsantrag zuzustimmen. Besten Dank.

Rosmarie Joss (SP, Dietikon): Diese Vorlage finden wir im Rahmen des Lotteriefonds eine sehr sinnvolle Vorlage. Im Gegensatz zu vorher geht es ja nicht darum, dass man hier eine Leistungsverschiebung von Staatsaufgaben Richtung Lotteriefonds machen will. Es hat auch eine längere Historie, dass der Kanton Zürich in die Inlandhilfe und – früher hiess es Auslandhilfe – in die Entwicklungszusammenarbeit investiert. Und diese schöne Tradition soll fortgeführt werden. Es wurde jeweils in vierjährigen Tranchen gemacht.

Die Problematik bei diesen Anträgen, das Problem hatten wir auch bereits vor vier Jahren, war häufig die Erhöhung des Kredites. Dieser kam wiederholt zu spät. Die regierungsrätliche Vorlage beantragt einen Kredit von 2015 bis 2018. Wir haben heute Mitte 2015. Dass wir erst heute darüber diskutieren, hat nicht damit zu tun, dass die FIKO dermassen langsam ist, sondern dass dieser Antrag einfach nicht vorher vorlag.

Vor vier Jahren, 2011, war es noch wesentlich tragischer, da kam nämlich die regierungsrätliche Vorlage erst Mitte Jahr, das heisst, wir konnten erst gegen Ende von Quartal drei überhaupt über diese Vorlage hier im Rat beschliessen. Das führte dazu, dass eigentlich für das ganze Jahr 2011 gar keine Kredite gesprochen werden konnten. Das kann man auch nachlesen, wenn man die Vorlage 5167 anschaut. Da sieht man, dass 2011 praktisch nichts gesprochen wurde, weil der Beschluss zu spät gefällt wurde.

Wir haben dann nachgefragt, wieso das immer so komme, weil eben die Gesamt-FIKO war schon der Meinung, dass es nicht so schlau ist, wenn man drei Jahre sprudelndes Geld hat und ein Jahr Dürre, und dann kam eben die Begründung, dass es problematisch sei, weil es parallel zum Legislaturwechsel verlaufe. Und dann wurde natürlich offensichtlich, dass wahrscheinlich eine gewisse Rhythmusänderung nicht so schlecht wäre, dass eben diese vierjährigen Rahmenkredite nicht gleichzeitig kommen wie der Legislaturwechsel. Es gab dann

zwei Anträge, die Mehrheit wollte es verkürzen. In unserem Minderheitsantrag, den wir immer noch stellen, finden wir den Rhythmuswechsel durch eine Verlängerung sinnvoller. Und das aus folgenden Gründen: Das eine ist, wenn wir jetzt eine Verkürzung auf drei Jahre machen, dann muss man sehr bald schon wieder die gleiche Vorlage machen. Das finden wir etwas unglücklich. Und zum anderen finden wir, dass ja im Prinzip der Regierungsrat den Antrag stellen sollte, von dem er dann ja auch selbst die Gelder sprechen kann. Das heisst, wenn wir eine Verlängerung machen auf fünf Jahre, dann hat er im ersten Jahr der Legislaturzeit, den Antrag zu stellen, dann können wir das im Kantonsrat behandeln, und dann kann er quasi den Antrag für sich selber stellen. Wenn wir ihn verkürzen, dann macht immer der alte Regierungsrat für den neuen den Antrag, und wir würden deshalb die Verlängerung sinnvoller finden.

Zum Minderheitsantrag der SVP: Er ist einerseits inkonsequent und andererseits ist er vor allem prinzipiell extrem unflexibel. Er ist unflexibel sowohl im zeitlichen Rahmen als eben auch in den Bereichen. Im zeitlichen Rahmen führt das dazu, dass man einen Rahmenkredit nur noch jährlich hat. Das bedeutet, weil wir jetzt eben heute schon Mitte 2015 haben, kürzen Sie faktisch für 2015 Gelder, übrigens nicht nur für die Entwicklungszusammenarbeit, sondern auch für die Inlandhilfe. Also wenn Sie einen Kürzungsantrag gestellt hätten, wäre das etwas ehrlicher gewesen als diese jährliche Fixation. Und man könnte eben nicht das machen wie letztes Mal, als man dann in dem Jahr, als man eben zu spät kam, etwas mehr gesprochen hat. Es geht ja schlicht und ergreifend um eine Kürzung in der Entwicklungszusammenarbeit. Manchmal kann es übrigens auch eine Kürzung in der Inlandhilfe sein. Denn gerade die Inlandhilfe wird vor allem benötigt, wenn man grosse Unwetterkatastrophen hat, und dann kann es auch mal mehr sein, als man jetzt beantragt hat. Aber Sie wollen dann ja nicht mehr geben, weil Sie lieber unflexibel sind. Aber anscheinend kommt es der SVP schon recht, dass man in der Entwicklungszusammenarbeit kürzt, denn es ist tatsächlich so, die Mehrheit des Kredites ging bis anhin in die Entwicklungszusammenarbeit. Aber wir finden, das ist auch richtig so.

Und ich mag mich auch erinnern, das ist noch keinen Monat her, als uns von dieser Ratsseite weis gemacht wurde, ja, das mit diesen Asylbewerbern, man solle doch bitte nicht immer in der Schweiz schauen, man solle wenn schon im Land, wo sie sind, schauen. Man soll dafür schauen, dass sie erst gar nicht kommen. Wissen Sie was? Wenn Sie

das wollen, dann müssen Sie in die Entwicklungszusammenarbeit investieren. Also sollten Sie dann eher einen Erhöhungsantrag machen. Das wäre aus dem Blickwinkel der SVP konsequent. Aber das ist anscheinend nicht so. Für uns heisst das konsequenterweise, Sie haben ihre Meinung geändert, anscheinend möchten Sie sich in Zukunft wieder mehr den Asylbewerbern in der Schweiz annehmen und finden, dass wir auch wieder mehr Leute in die Schweiz holen könnten, das finden wir auch nicht abwegig. Aber wenn Sie das so haben wollen.

Und wegen der Einschränkung, wegen der Länder nur mit Rückführung. Auch da muss man sagen, das ist grauenhaft inkonsequent. Wollen Sie denn unbedingt, dass genau die Länder, die problematisch sind, von der Schweiz nicht mehr gefördert werden. Das glaube ich auch nicht unbedingt, dass das in unserem Interesse ist.

Die SP sagt Ja zur Gesamtvorlage. Wir finden unseren Rhythmuswechsel besser und bitten Sie, unseren Minderheitsantrag zu unterstützen. Wir werden den Minderheitsantrag der SVP ablehnen.

Und jetzt möchte ich auch noch schnell eine Bemerkung machen zu den Richtlinien, und dort hätte ich dann sehr gerne eine Antwort vom Regierungsrat: Es wurde nämlich in der Vorlage geschrieben, bei den Richtlinien hätten nur redaktionelle Änderungen stattgefunden. Und wir mussten dann überrascht feststellen, dass es eben neu diese Einschränkung gibt, dass nur Organisationen, welche von der DEZA Gelder bekommen, auch für die Entwicklungszusammenarbeit Gelder bekommen. Erstens ist das mehr als eine redaktionelle Änderung und zweitens kann es gut sein, dass das irgendwo durchgerutscht ist. Wir haben dann auch gehört, das mache man, weil man etwas weniger Ressourcen habe bei der Verwaltung des Lotteriefonds. Wir finden, das ist irgendwie das Pferd vom Schwanz aufgezäumt. Dann müsste man schauen, dass man dort die Anträge sinnvoll bearbeiten kann und nicht zum Teil sinnlose Regeln einführt wie diese Kopplung mit der DEZA. Denn es gibt viele Organisationen im Kanton Zürich, die hätten eigentlich eine gute Berechtigung für diese Gelder, und es ist einfach nur schade, weil man ihnen dann das Geld vorenthält, nur weil sie keine DEZA-Gelder kriegen oder nicht beantragt haben oder es nicht ins Konzept passt. Denn die DEZA hat ja auch zum Beispiel Schwerpunktländer und so weiter und so fort, und dann kommt es sehr darauf an, wo man investiert. Und da würde uns dann doch interessieren, ob vielleicht hier der Regierungsrat plant, diese Richtlinien wie-

der abzuändern, denn das ist ja in der Zuständigkeit des Regierungsrates. Danke.

Peter Vollenweider (FDP, Stäfa): Die FDP befürwortet die Weiterführung der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit des Kantons Zürich. Nach dem Rechenschaftsbericht des Regierungsrates erfolgt die Vergabe dieser Kredite nach klaren und strengen Richtlinien. Die berücksichtigten Projekte wie auch die, für deren ordnungsgemässe Umsetzung verantwortlichen Organisationen verdienen sowohl bei der Inlandhilfe als auch bei der Entwicklungszusammenarbeit Unterstützung. Weiter begrüssen wir ebenfalls den Vorschlag des Regierungsrates, die jährliche Tranche des Rahmenkredites von bisher 10 auf 8 Millionen Franken zu senken. Schliesslich ist diese Kürzung durch die vorgesehene Abnahme des Fondsvermögens in den nächsten Jahren wie vor allem auch aus dem festgestellten Rückgang ausreichend geeigneter Projektvorhaben angezeigt.

Den Antrag der SVP lehnen wir ab. Wir sind bereit, einen jährlichen Höchstbetrag von 8 Millionen für Projektunterstützungen auszugeben. Dabei wird es über die Jahre Schwankungen über die Anzahl wie auch im Volumen der nachgefragten Projektbeiträge geben. Damit die gewährten finanziellen Mittel am effektivsten eingesetzt werden können, braucht es unserer Meinung nach keine weitere Unterteilung dieser Beiträge.

Es ist, wie bereits dargelegt, unglücklich, dass der Antrag des Regierungsrates zuhanden des Kantonsrates verspätet erfolgt ist, sodass ein rückwirkender Beschluss gefällt werden muss. Dies ist auch für alle potenziellen Empfänger der finanziellen Mittel keine optimale Voraussetzung. Die FDP möchte die Laufzeit des Rahmenkredites um ein Jahr verkürzen, um nach Ablauf wieder auf den normalen vierjährigen Rhythmus zu wechseln. Durch diese dadurch gewonnene Überlappung von Legislatur und Laufzeit des Rahmenkredites kann erreicht werden, dass die Umsetzung des vom Regierungsrat gefassten Beschlusses mindestens teilweise noch in diejenige Legislatur fällt, in welcher er die Vorlage ausgearbeitet hat. Mit einer Zeitspanne von mindestens einem Jahr für die Vorbereitung, Beschlussfassung im Regierungsrat, Antragstellung und anschliessender Beschlussfassung im Kantonsrat ist dies beim gestellten Minderheitsantrag auf Verlängerung auf fünf Jahre und anschliessender Umstellung auf vier Jahre nicht der Fall. Die FDP stimmt deshalb dem Antrag der Finanzkommission zu.

Benno Scherrer (GLP, Uster): Wenn man die Vorlage flüchtig anschaut, könnte man meinen, dass die Frage lautet, wollen wir eine Erhöhung der Inland- und Entwicklungshilfe von 24 auf 40 Millionen. Dem ist natürlich nicht so, und die Antwort wäre ein klares Ja und Nein.

Wir erachten es als richtig, ja, sinnvoll, dass der Beginn dieser Periode nicht mehr auf den Legislaturwechsel fällt und finden es auch richtig, dass wir jetzt das mit einem fünfjährigen Rhythmus versuchen, so wie das die SP vorschlägt. Wir sind aber sonst nicht einig mit dem, was die SP sagt, und ich empfehle Rosmarie Joss als Sommerlektüre vielleicht einmal das Buch «Dead Aid» (*Dambisa Moyo, Dead Aid: Warum Entwicklungshilfe nicht funktioniert und was Afrika besser machen kann*) zu lesen.

Auch die andere Frage, wollen wir eine flexible Aufteilung? Hier ist die Antwort ein ganz klares Ja. Denn es kann ja nicht sein, dass wir uns unnötig einschränken, gerade in diesem Bereich, wo es eben darum geht, einerseits Projekte zu unterstützen, Projekte, die man kennt und die am Laufen sind und die man unterstützen will, und andererseits dann eben auch, wo man situationsgerecht aufgrund von speziellen Situationen eingreifen können muss. Von dem her werden wir also dem SP-Minderheitsantrag zustimmen, den SVP-Minderheitsantrag ablehnen und den Rahmenkredit, egal wie die Zwischenabstimmung herauskommt, annehmen. Danke.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten): Für uns Grüne stellt sich nicht die Frage, ob man die Beiträge sprechen will. Denn wenn man die Weisung aufmerksam durchgelesen hat, kann man sich überzeugen, dass immer sehr sinnvolle Projekte unterstützt und umgesetzt werden. Die Investition in Bildung, ob nun im In- oder Ausland, ist eine nachhaltige Investition. Gesundheitsförderung geht uns alle an. Hier in der westlichen Welt sprechen wir dann über Wohlstandserscheinungen wie Übergewicht, Bewegungsmangel, Zuckerkrankheit, Herzkreislauf und ähnliches. Die Bevölkerung muss darüber aufgeklärt werden. Andernorts muss man Malaria, Aids bekämpfen oder man kämpft ganz einfach um sauberes Trinkwasser. Alphabetisierung und Ausbildung, bei uns eine Selbstverständlichkeit, das ist eben leider nicht überall so. Die Gesuche werden gut ausgewählt und allesamt sind unterstützungswürdig.

Nun liegen verschiedene Anträge vor. Zwei zielen eigentlich in die gleiche Richtung. Bis jetzt war der Rhythmus ja vier Jahre, identisch, deckungsgleich mit der Legislatur Regierungsrat/Kantonsrat. Nun werden diese Beiträge immer erst in der zweiten Hälfte des ersten Jahres der Regierung gesprochen, das heisst, dass die Gesuchsteller ein halbes Jahr keine Planungssicherheit haben. Gewisse Projekte können gar nicht gestartet werden, denn ohne zugesicherte Finanzierung kann man nicht beginnen.

Schon 2011 hat man versucht, diesen Rhythmus zu durchbrechen. Dazumal sind wir noch gescheitert. Der Kommissionsantrag, welcher der ehemalige FDP-Antrag ist, der sieht das auch vor, nur geht er es anders an. Sie verkürzen zuerst auf drei Jahre und gehen dann wieder auf vier Jahre. Der SP-Antrag verlängert erst auf fünf Jahre und geht dann wieder auf vier Jahre. Fazit der beiden Anträge: Man hat erkannt, dass der Takt geändert werden muss und will das nun auch angehen. Und ich hoffe, dass wir heute hier dafür eine Mehrheit finden. Vorteil des SP-Antrags ist es, dass die neue Regierung den Antrag stellen kann und drei Jahre mit ihrem Antrag leben kann und der Antrag nur ein Jahr die Legislatur überschneidet. Nachteil des FDP-Antrags ist genau das Gegenteil. Die alte Regierung gibt quasi dem neuen Regierungsrat vor, wieviel Geld er verteilen kann. Das ist einfach etwas langsamer, was uns Rosmarie Joss bereits erklärt hat. Wir unterstützen den Antrag der SP und jetzt, denke ich, haben es alle verstanden, um was es bei den Anträgen geht.

Dann möchte ich noch kurz auf den Antrag der SVP zu sprechen kommen. Da will man ja das Geld in Tranchen aufteilen, das heisst für die Inland- und Auslandhilfe je 4 Millionen. Nun ist es einmal eine Tatsache, dass die Schweiz leider nicht 50 Prozent der Erde ist. Und die Resterde, also die Länder um uns herum, vielleicht viel mehr Anträge und viel mehr Bedürfnisse haben als wir. Also ist es auch natürlich, dass es hier nicht unbedingt zu einer 50/50-Verteilung kommt, weil die Restwelt mehr beansprucht. Damit habe ich überhaupt kein Problem, wie ich auch mit der Restwelt kein Problem habe.

Also, die grüne Fraktion unterstützt den SP-Antrag, unterstützt die In- und Auslandhilfe und lehnt den SVP-Antrag ab.

Laura Huonker (AL, Zürich): Die Alternative Liste wird den Minderheitsantrag Joss, Sieber, Kaeser zustimmen. Auch könnten wir uns eine weitere Aufstockung der Mittel aus dem, wie wir ja wissen, gut gefüllten Lotteriefonds vorstellen. Ich oder wir und sicher noch ganz

viele hier im Saal, ja alle, würden die Regierung unterstützen, sollte sie beim Kantonsrat aus aktuellem Anlass noch in diesem Jahr humanitäre Griechenlandhilfe beantragen.

Zur in- oder ausländischen Not: Ich zitiere: «Jedä Mänsch hät als Mitglied vo dä Gsellschaft Rächt uf soziali Sicherheit, er hät Aspruch druf, dur innerstaatliche Massnahme und internationali Zämearbeit un-der Berücksichtigung vo dä Organisation und dä Hilfsmittel vo jedem Staat in Gnuss vo für sini Würde und die frei Entwicklig vo sinere Persönlichkeit unentbehrliche wirtschaftliche und soziale und kulturelle Rächt z'glinge.» Das ist Artikel 22 der Menschenrechtskonvention: «Rächt uf soziali Sicherheit.»

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in der Finanzdiktatur – eine Wertung von Jean Ziegler – immer weiter auf. Hier bei uns, wie überall in der Welt. Ziel der UNO für die Weltentwicklung ist die Beseitigung der extremen Armut und des Hungers. Die Verwirklichung der allgemeinen Primärbildung und die Gleichstellung und stärkere Beteiligung der Frauen. Diese Ziele müssen wir erreichen, um den kulturellen Fortbestand von Menschen, Tieren und Pflanzen auf diesem Planeten zu sichern. Und Hilfe für Notleidende, speziell Kinder und Frauen, ist ein humanitäres Anliegen.

Die AL stimmt dem Beschluss als solchem und speziell dem Minderheitsantrag Joss, Sieber, Kaeser zu. Das Ja zur Inlandhilfe und Entwicklungszusammenarbeit ist im Vergleich zu den bewundernswerten Anstrengungen der Armen in der Schweiz und derjenigen, die in extremer Not überleben, für alle hier im Saal sehr einfach.

Hans Egli (EDU, Steinmaur): Die EDU wird den FIKO-Antrag, die Laufzeit des Rahmenkredites von vier einmalig auf drei Jahre zu reduzieren, zustimmen. Denn dass mit der heutigen Regelung die Erneuerung des Rahmenkredits immer auf den Beginn der Legislatur fällt, ist organisatorisch unglücklich.

Nun zum entscheidenden Punkt dieses Geschäftes: Wir werden dem Minderheitsantrag der SVP zustimmen. Die Forderung ist richtig, dass zur Unterstützung von Vorhaben der Entwicklungszusammenarbeit die Inlandhilfe und Auslandhilfe gleichberechtigt behandelt werden. Für die EDU ist die Tranchen-Aufteilung 50/50 eine Frage der Fairness, damit nicht nur im Ausland, sondern auch in der Schweiz Entwicklungshilfe geleistet wird.

Und an die Referentin der AL möchte ich noch die Frage stellen: Ist es richtig, wenn Länder Entwicklungshilfegelder von der Schweiz erhalten, wo 90 Prozent der Frauen beschnitten werden? Ich und die EDU finden nicht. Und deshalb erachten wir es als richtig, wenn Kriterien in diesem Katalog vorhanden sind, dass Länder, in denen Menschenrechte nicht geachtet werden, auch keine Entwicklungshilfe von der Schweiz erhalten sollen. Die EDU sagt also Ja zur Gesamtvorlage, Ja zum SVP-Minderheitsantrag und Ja zum Rahmenkredit. Danke.

Roger Liebi (SVP, Zürich): Manchmal hört man schon gewisse absurde Argumentationen. Ich dachte, das sei nur in der Stadt Zürich so, aber mittlerweile muss ich zur Kenntnis nehmen, dass das ab und zu offenbar hier auch der Fall ist. Jetzt hören wir von Frau Kaeser, dass aufgrund der Tatsache, dass es um die Schweiz herum beziehungsweise auf diesem Erdball neben der Schweiz noch 193 andere Staaten gibt, dass es daraus quasi einen Rechtsanspruch gibt auf diese Gelder aus dem Lotteriefonds. Das ist doch eine unglaubliche Argumentation, dass Sie einen Rechtsanspruch ableiten, nur weil jetzt der Kanton Zürich der Meinung ist, dass er jetzt auch noch Geld geben könnte, also aus einer quasi wohltätigen Aktion des Zürcher Regierungsrates, und auch des Kantonsrates, machen Sie umgekehrt einen Rechtsanspruch anderer Länder.

Ich finde das eine sehr spezielle, aber wie gesagt sehr absurde Argumentation, und Sie müssten sich ja eher überlegen, wo macht es Sinn und ab und zu macht es halt vielleicht auch in der Schweiz Sinn, je nachdem, wie man auch gesehen hat, bei gewissen Katastrophenereignissen oder bei Berggemeinden und anderen, ob sie vielleicht mehr erhalten sollten. Man kann sich ohnehin fragen über diese Gelder, nachdem wir entsprechend Finanzausgleiche haben hier und dort, ob es dann noch zusätzlich Sinn macht. Aber diesen Anspruch finde ich absurd.

Und natürlich, ich habe erwartet, dass diese Griechenlandgeschichte auch noch aufs Tapet kommt. Und ich hoffe nicht, dass irgendwann auch aus dem Kanton Zürich noch Geld dahin fließt, nachdem die Schweiz schon über den IWF (*Internationaler Währungsfonds*) wahrscheinlich 300 bis 400 Millionen Franken dort verlieren wird. Das ist genug, und man hat gesehen, offensichtlich können die Griechen mit diesem Geld – leider muss man sagen – nicht umgehen.

Also ich bitte auch die Sozialdemokratische Partei und die Sozialisten in ihrer Partei entsprechend ihre Argumentationen zu überprüfen.

Regula Kaeser (Grüne, Kloten) spricht zum zweiten Mal: Lieber Roger Liebi, ich habe gar nicht gewusst, dass es Leute gibt, die überhaupt keinen Humor haben und dass du vielleicht wirklich noch zu wenig lang im Rat bist, weil hier ist zum Teil auch noch ein wenig Ironie und ein wenig Humor im Spiel. Und die, welche mich kennen, wissen, dass ich gerne etwas Lockeres sage. Also, ich denke, man muss nicht immer jedes Wort auf die Goldwaage legen.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Da bin ich auch froh, wenn nicht jedes Wort auf die Goldwaage gelegt wird (*Heiterkeit*). Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren Kantonsräte, ich möchte einfach festhalten, Inlandhilfe und Entwicklungszusammenarbeit sind bewährt und unbestritten. Wir brauchen keine Neuausrichtung. Geändert wird der Beitrag von 10 auf 8 Millionen.

Noch zwei kurze Anmerkungen. Zuerst zu Frau Kantonsrätin Joss: Ihre Frage betreffend den Richtlinien möchte ich in zwei Teile gliedern. Der erste Teil: Ich bin überzeugt und sicher, dass wir nur sinnvolle Regeln haben in diesem Bereich. Und der zweite Teil: Wir werden Ihnen die Regeln zukommen lassen, nochmals schriftlich – auch der FIKO –, weil ich hier nicht etwas sagen will, dass dann trotzdem auf die Goldwaage gelegt wird.

Ein Wort noch zu Kantonsrat Sulser betreffend Ausschöpfung der Inlandhilfe. Hier möchte ich schon festhalten: Glücklicherweise sind wir ja in der Lage in diesem Land, dass es den meisten recht gut geht. Aber ich muss Ihnen schon sagen, wenn Sie die Debatte rund um den nationalen Finanzausgleich verfolgt haben, dann schauen wir schon genau hin, in welchen Kanton wir Geld schicken. Und ich hoffe, dass Sie das auch verstehen. Wir haben einen nationalen Finanzausgleich. Über den gerade in Bern gross debattiert wurde, weil die Ausschöpfung und die Parameter sich geändert haben. Und wenn ich dann dort das Verhalten der Nehmerkantone zur Kenntnis nehme, dann muss ich sagen: Wenn wir Gelder aus dem Lotteriefonds sprechen, dann sind wir hochwillkommen aus Zürich, aber wenn wir auf die berechtigten Regelungen, die im Finanzausgleich eigentlich angedacht sind, pochen, dann sieht es ganz anders aus. Und dann gibt es noch einen zweiten Grund: Wenn natürlich der Standortkanton, meine Damen und Herren, sagt, ja, wir geben nichts, dann sagt Zürich halt auch, ja,

dann geben wir auch nichts. Ein bisschen Konsequenz muss schon sein. Aber bei einem sinnvollen Projekt, das die Bedingungen erfüllt, sind Sie wie ich, das wissen wir ja alle, recht grosszügig gegenüber dem Rest der Schweiz. Das soll auch weiterhin so sein. Ich bitte Sie der Vorlage zuzustimmen. Da der Regierungsantrag eigentlich zerflossen ist an diesem warmen Nachmittag, schliessen wir uns dem FIKO-Antrag an. Besten Dank.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Es wurde kein Antrag auf Nichteintreten gestellt. Eintreten ist beschlossen.

Eintreten

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I.

***Minderheitsantrag Rosmarie Joss, Sabine Sieber und Regula Kae-
ser:***

I. Aus dem Lotteriefonds wird für die Jahre 2015 bis 2019 ein Rahmenkredit von Fr. 40'000'000 zur Unterstützung von Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit bewilligt.

***Minderheitsantrag Jürg Sulser, Martin Arnold, Matthias Hauser
und Bruno Walliser:***

I. Aus dem Lotteriefonds wird für die Jahre 2015 bis 2017 ein Rahmenkredit von Fr. 24'000'000, aufgeteilt in jährliche Tranchen von maximal je Fr. 4'000'000 zur Unterstützung von Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit bewilligt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Hier liegen neben dem Kommissionsmehrheitsantrag zwei Minderheitsanträge vor. Wir stellen diese drei Anträge im sogenannten Cup-System einander gegenüber. Die Tür ist zu schliessen und die Anwesenden drücken bitte die Präsenztaste «P/W».

Es sind 161 Mitglieder anwesend. Das absolute Mehr beträgt demnach 81 Stimmen.

Wer dem Kommissionsmehrheitsantrag zustimmen will, drücke die Ja-Taste, wer dem Minderheitsantrag Joss zustimmen will, drücke die Nein-Taste und wer dem Minderheitsantrag Sulser zustimmen will, drücke die Enthalten-Taste.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag der FIKO, der Minderheitsantrag Joss und der Minderheitsantrag Sulser werden einander gegenübergestellt. Auf den Kommissionsantrag entfallen 46 Stimmen, auf den Minderheitsantrag Joss 62 Stimmen und auf den Minderheitsantrag Sulser 53 Stimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun stimmen wir über die beiden Anträge mit den wenigsten Stimmen ab, das sind der Kommissionsmehrheitsantrag und der Minderheitsantrag Sulser.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag FIKO wird dem Minderheitsantrag Sulser gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 108 : 53 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Mehrheitsantrag der FIKO zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun kommen wir zur dritten Abstimmung.

Abstimmung

Der Mehrheitsantrag der FIKO wird dem Minderheitsantrag Joss gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 91 : 68 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Mehrheitsantrag der FIKO zuzustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Nun stellen wir fest, ob das Quorum der Ausgabenbremse erreicht wird. Der Rat besteht zurzeit aus 179 Mitgliedern. Deshalb braucht es mindestens 90 Stimmen. Kommen

weniger als 90 Stimmen zustande, ist der Antrag abgelehnt. Wer I. der Vorlage zustimmen will, drücke die Ja-Taste. Wer I. der Vorlage ablehnen will, drücke die Nein-Taste.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 160 : 1 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), I. der Vorlage 5167a zuzustimmen. Das Quorum der Ausgabenbremse ist erreicht worden.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

III.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

13. Steuergesetz

Antrag des Regierungsrates vom 17. Dezember 2014 und gleichlautender Antrag der WAK vom 28. April 2015 **5159**

Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon), Referent der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK): Die WAK empfiehlt Ihnen einstimmig, der Änderung des Steuergesetzes zuzustimmen.

Als Folge des Bundesgesetzes «über die formelle Bereinigung der zeitlichen Bemessung der direkten Steuern bei den natürlichen Personen» werden Ehegatten seit 2014 schon ab Beginn der Steuerperiode, in der sie heiraten, gemeinsam besteuert. Mit der vorliegenden Vorlage wird das kantonale Steuergesetz an das Bundesgesetz angepasst.

Ein zweiter Revisionspunkt betrifft die Bestimmung der Einschätzungsgemeinde. Das Steuererklärungs- und Einschätzungsverfahren ist kompliziert, wenn Ehegatten zu Beginn des Heiratsjahres in unterschiedlichen Zürcher Gemeinden wohnen und erst im Jahresverlauf zusammenziehen.

Zwischen den Gemeinden muss in diesen Fällen eine Steuerausscheidung vorgenommen werden, weil die Ehefrau am Wohnort zu Beginn

der Heirats-Steuerperiode steuerpflichtig bleibt, für die gemeinsame Einschätzung der Ehegatten jedoch die Gemeinde zuständig ist, wo der Ehemann zu Beginn der Heirats-Steuerperiode lebte.

Bis anhin richtet sich die Steuerhoheit also danach, wo eine steuerpflichtige Person zu Beginn der Steuerperiode ihren Wohnsitz hat. Verlegt sie ihren Wohnsitz in eine andere Zürcher Gemeinde, hat die Wegzugsgemeinde für die laufende Steuerperiode unverändert die Steuerhoheit. Man spricht dabei vom sogenannten Wegzugsprinzip.

Die Steuerfolgen von Ehegatten mit unterschiedlichen Wohnorten zu Beginn des Heiratsjahres lassen sich jedoch vereinfachen, indem für die Bestimmung der Einschätzungsgemeinde nicht mehr auf den Beginn, sondern neu auf das Ende der Steuerperiode abgestellt wird. Man nennt dies das sogenannte Zuzugsprinzip. Danach ist die gemeinsame Einschätzung der Ehegatten dort vorzunehmen, wo sie am Ende der Heiratsperiode ihren gemeinsamen Wohnsitz haben. Bei einem Paar, bei dem beispielsweise der in Küsnacht lebende Ehemann im Jahresverlauf zu seiner Frau nach Zürich umzieht, erfolgt die Besteuerung für das ganze Jahr in Zürich. Mit der Steuergesetzänderung wird das Einschätzungsverfahren vereinfacht.

Die Vorlage war in der Kommission unbestritten. Sie wird auch vom Verband der Gemeindepräsidenten, dem Verband der Gemeindesteu-erämter sowie von den ebenfalls zur Stellungnahme eingeladenen Städten Zürich und Winterthur begrüsst.

Die WAK beantragt Ihnen einstimmig, der Steuergesetzänderung zu- zustimmen.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Wird das Wort zum Eintreten noch weiter gewünscht? Das ist nicht der Fall. Es wurde kein Antrag auf Nicht-Eintreten gestellt. Sie haben Eintreten beschlossen.

Eintreten

Detailberatung

Titel und Ingress

Keine Bemerkungen; genehmigt.

I. Das Steuergesetz vom 8. Juni 1997 wird wie folgt geändert:

§§ 52, 108 und 190

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Damit ist die Vorlage materiell durchberaten. Sie geht an die Redaktionskommission. Die Redaktionslesung findet nach den Sommerferien statt. Dann befinden wir auch über II. der Vorlage.

Das Geschäft ist für heute erledigt.

14. Bewilligung von Nebenbeschäftigungen

Antrag des Regierungsrates vom 29. Oktober 2014 zum Postulat KR-Nr. 289/2012 und geänderter Antrag der STGK vom 27. März 2015
5145a

Martin Farner (FDP, Oberstammheim), Referent der Kommission für Staat und Gemeinden (STGK): Anstelle der Abschreibung beantragen wir Ihnen, den Regierungsrat mit einem Ergänzungsbericht zu beauftragen, denn der Bericht auf das Postulat der PUK (*Parlamentarische Untersuchungskommission BVK*) fiel etwas gar mager und defensiv aus.

Die PUK ist im Zuge ihrer Abklärungen rund um den Korruptionsfall bei der BVK (*Vorsorgeeinrichtung der Angestellten des Kantons Zürich*) auf Merkwürdigkeiten im Zusammenhang mit der Bewilligung von Nebenbeschäftigungen gestossen. Mit dem von der PUK einstimmig und vom Kantonsrat ohne Gegenstimmen überwiesenen Postulat wurde der Regierungsrat ersucht, die Vollzugsverordnung zum Personalgesetz so zu ändern, dass eine einheitlichere Praxis betreffend die Regelungen rund um Nebenbeschäftigungen erreicht wird. Gleichzeitig soll das Personalamt in diesen Bewilligungsprozess einbezogen werden.

In seinem Bericht zeigt der Regierungsrat keinerlei Einsicht, dass vielleicht Handlungsbedarf gegeben sein könnte. Er beschreibt die heutigen Regelungen, die an sich klar sind, geht aber nicht darauf ein, dass es doch einige spezielle Fälle von Nebenbeschäftigungen gab und gibt, die zu Fragen Anlass geben.

Im Zuge der Beratungen erfuhren wir dann, dass der Regierungsrat einen Compliance Manager anstellen will, dessen Aufgabe es ist zu prüfen, ob die Verwaltung insgesamt nach den bestehenden Vorschriften handelt. Die vormalige Finanzdirektorin (*Altregierungsrätin Ursula Gut*) regte angesichts unserer kritischen Haltung an, das Thema Nebenbeschäftigungen in diesem Zusammenhang nochmals anzuschauen. Damit sind wir einverstanden, doch wir möchten diese Aussage nicht einfach so stehenlassen, sondern einen konkreten Bericht über die Ergebnisse dieser zusätzlichen Abklärungen, bevor wir die Abschreibung des Postulats der PUK beantragen.

In diesem Sinne hoffen wir, dass Sie unserem einstimmigen STGK-Antrag auf einen Ergänzungsbericht zum Postulat der PUK zustimmen und danken Ihnen für Ihre Unterstützung. Meine Fraktion wird das einstimmige STGK-Resultat vom 27. März ebenfalls unterstützen. Danke.

Markus Bischoff (AL, Zürich): Ich habe mir ja nie vorgestellt, dass eine PUK allzu lange Nachwirkungen hat. Das gehört auch zum politischen Alltag. Aber wenn man die Antwort des Regierungsrates auf dieses einstimmig überwiesene Postulat der PUK sieht, erstaunt es schon, mit welcher Saloppeheit der Regierungsrat über die berechtigten Einwände der PUK hinweggeht und einfach schreibt, alles sei bestens. Und das schon irgendwie zwei Jahre nach dem Ende der PUK. Man hat schon das Gefühl, es sei alles wieder vergessen.

Der Anlass war ja schon bemerkenswert. Der ehemalige Chefbeamte hatte da einen Zusatzverdienst von 140'000 Franken erhalten. Der zuständige damalige Finanzdirektor (*Altregierungsrat Christian Huber*) wollte diesem Mitarbeiter diese Nebenbeschäftigung unbedingt bewilligen, weil er gesagt hat, der wird uns verlassen, wir können diesen fähigen Mann nicht verlieren, obwohl dieser angeblich fähige Mann gar nie gesagt hat, er wolle gehen. Das Personalamt hat Einwendungen gemacht und gesagt, man könne das nur bewilligen, wenn man eine Arbeitszeitreduktion mache, wenn man schon 140'000 Franken aus einer Nebenbeschäftigung verdient. Und der damalige Finanzdirektor hat dann mit einem Pinselstrich, handschriftlich gesagt, die Nebenbeschäftigung wird bewilligt ohne irgendwelche Abstriche.

Die Idee des Postulats war ja, dass man ein kohärentes System hat bei der Regierung. Das ist wichtig, und dass eben auch das Personalamt

miteinbezogen wird. Und ganz besonders haben wir Wert darauf gelegt, dass die Nebenbeschäftigungen der obersten Chefbeamten eben nicht vom Direktionsvorsteher oder von der Direktionsvorsteherin bewilligt werden, sondern vom Gesamtregierungsrat, weil der einzelne Vorsteher oder die einzelne Vorsteherin ja auch sehr abhängig ist von diesen Chefbeamten und sie Wünsche nur ungern abschlagen kann. Wenn der Gesamtregierungsrat entscheidet, ist das viel distanzierter, und dann kann man auch eher Nein sagen.

Das war eigentlich die Idee dahinter, und dieser Fall aus der BVK war ja auch kein Einzelfall. Es gibt ja auch andere sehr interessante Nebenbeschäftigungen. Herr Urbaniok (*Frank Urbaniok, Leiter des Psychiatrisch-psychologischen Dienstes*), der eine eigene Firma als Nebenbeschäftigung betreibt und diese eigene Firma verkauft dann dem Kanton wieder Sachen, die er entwickelt hat. Das ist ja auch sehr bemerkenswert. Und wenn Sie mal die Pensenreduktionen von National- und Ständeräten, die irgendwo in der Justiz- oder Bildungsdirektion angestellt sind, anschauen, so sind diese auch höchst unterschiedlich. Und dass man da eine gewisse *unité de doctrine* haben sollte, das sollte ja klar sein. Deshalb finde ich dieses Postulat sinnvoll.

Wir hatten ja heute Gott sei Dank noch diesen Tätigkeitsbericht der Finanzkontrolle, und die Finanzkontrolle hat diese Nebenbeschäftigungen auch unter die Lupe genommen und ist eigentlich zum gleichen Ergebnis gekommen wie die PUK. Sie hat das vielleicht nur ein bisschen neutraler formuliert. Sie hat da am Schluss geschrieben, ein Nachfassen finde nicht statt. Bei der Anstellung werden diese Nebenbeschäftigungen noch kontrolliert. Wenn man während dem laufenden Arbeitsverhältnis eine Nebenbeschäftigung aufnimmt, werde nicht nachgefasst und es gebe auch keine Kontrolle. Man wisse gar nicht, wer welche Nebenbeschäftigungen hat. Sie hat auch gesagt, vor allem in sensiblen Bereichen gäbe es keine klaren Regeln, bei Subventionsgesuchen, regulatorischen Aufgaben, Vergabestellen werde überhaupt nichts geregelt. Und die Finanzkontrolle schliesst: «Ein innerhalb der kantonalen Verwaltung koordinierteres Vorgehen wäre zu begrüßen.» Das ist genau das, was wir auch gewollt haben, und deshalb bitte ich Sie, diesem Ergänzungsbericht zuzustimmen. Und ich denke, es ist dann immer noch sehr zahnlos, auch wenn dieser Ergänzungsbericht kommt. Und wenn es dann eben nicht fruchtet, dann müsste der Kantonsrat halt mit anderen Massnahmen nachdoppeln und dem Regierungsrat auf die Sprünge helfen, wenn er selber nicht draufkommt.

Erich Vontobel (EDU, Bubikon): Wir werden uns an dieser Stelle nicht materiell zum Inhalt des Postulats äussern, weil diese Diskussion nach Vorliegen des Zusatzberichtes stattfinden muss.

Deshalb an dieser Stelle bloss so viel: Wenn die PUK-BVK einstimmig zum Schluss kommt, dass zum Thema Bewilligungen für Nebenbeschäftigungen Handlungsbedarf besteht und der Kantonsrat dieses Postulat in der Folge ebenso einstimmig überweist, zeugt es von Unklugheit, wenn der Regierungsrat, etwas zynisch formuliert, nichts machen will, ausser das Postulat abzuschreiben.

Die EDU ist der Meinung, dass auf die ernsthaften Bedenken der PUK eingegangen werden muss. Die Schwachstellen, die die PUK aufgedeckt hat, sollen behoben werden. Deshalb verlangt auch die EDU einen Zusatzbericht.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Ich möchte das Sitzungsende nicht verzögern und weiss auch, dass es nichts nützt, was ich sage. Sie werden diesen Zusatzbericht beschliessen.

Ich möchte Ihnen einfach sagen, wenn wir einen effizienten, leistungsfähigen Staat haben wollen, dann wird nicht jeder Schulpfleger vom Gesamtregerungsrat bewilligt werden können. Ich bin mir bewusst, im PUK-Bericht gab es wüste Sachen, da muss man hinschauen. Aber dass man jetzt grad sagt, jeder Chefbeamte könne seinen Vorsteher unter Druck setzen und sagen, wenn Du nicht willst, gehe ich, also das ist auch starker Tobak, sage ich jetzt Ihnen.

Ich, meine Damen und Herren, kämpfe in meiner Direktion, in der ich vorher war und auch in der, wo ich jetzt bin, dafür, dass sich Leute aus der Verwaltung für Milizposten zur Verfügung stellen. Ich habe manchmal die Devise durchgegeben, dieser halbe Tag in der Woche soll gegeben werden. Und ich bin der Meinung, dass das auch ganz wichtig ist. Wir können nicht immer der Wirtschaft predigen, stellt eure Leute zur Verfügung und wir vom Staat sagen Nein. Wenn einer Gemeinderat im Ustermer Stadtparlament werden will, dann muss der Gesamtregerungsrat entscheiden. Ich bin für diese Regelungen, sie müssen aber verhältnismässig sein und da nehme ich mir dann die STGK (*Kommission für Staat und Gemeinden*) zur Brust, sozusagen. Jetzt ist es mir etwas zu warm. Besten Dank, und ich wünsche allen schöne Ferien, wenn ich schon das Wort habe.

*Detailberatung**I.*

Keine Bemerkungen; genehmigt.

II.

Keine Bemerkungen; genehmigt.

Ratspräsidentin Theresia Weber: Da kein anderer Antrag vorliegt, ist das Geschäft hiermit erledigt.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die gute Unterstützung in den letzten zwei Monaten, und ich wünsche Ihnen wunderschöne Sommerferien und eine gute Zeit. Die Sitzung ist geschlossen.

Verschiedenes*Neu eingereichte parlamentarische Vorstösse*

- **Förderung und Erleichterung der Arbeitstätigkeit von Asylsuchenden, vorläufig aufgenommenen Ausländerinnen und Ausländern sowie anerkannten Flüchtlingen**
Motion Daniel Frei (SP, Niederhasli)
- **Verzicht auf staatliche Photovoltaikanlagen**
Postulat Erich Bollinger (SVP, Rafz)
- **Anpassung des Baustandards bei kantonalen Hochbauprojekten**
Postulat Roland Scheck (SVP, Zürich)
- **Unterländer Zuckerrübentransporte mit der Bahn**
Dringliche Anfrage Robert Brunner (Grüne, Steinmaur)
- **Verhinderung von strukturellen Entwicklungen durch Raumordnungskonzept ROK ZH**
Anfrage Jörg Kündig (FDP, Gossau)
- **Hochaufgelöste Höhendaten**
Anfrage Hans Heinrich Raths (SVP, Pfäffikon)

- **Erneute Verzögerung beim Bau der Einhausung Schwamendingen**
Anfrage *Roland Munz (SP, Zürich)*
- **Bus aus der Waldegg in den Kreis 9**
Anfrage *Pia Ackermann (SP, Zürich)*
- **Mängel, Personal und Fallzahlen bei den KESB**
Anfrage *Barbara Steinemann (SVP, Regensdorf)*
- **ÖV-Anbindung ETH Höggerberg**
Anfrage *Olivier Hofmann (FDP, Hausen a. A.)*
- **Regelmässige Kontrollen an Liegenschaften**
Anfrage *Christian Schucan (FDP, Uetikon a. S.)*
- **Weiterentwicklung des Verkehrsknotenpunkts Wetzikon nach Ablehnung des Gestaltungsplankredites über den Bushof**
Anfrage *Gerhard Fischer (EVP, Bäretswil)*
- **Bekämpfung von gewerbefeindlichen Auflagen im Strassenverkehr**
Anfrage *Josef Wiederkehr (CVP, Dietikon)*

Schluss der Sitzung: 16.50 Uhr


Zürich, den 6. Juli 2015

Der Protokollführer:
Daniel Bitterli

Von der Protokollprüfungskommission der Geschäftsleitung genehmigt am 16. August 2015.

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Gesetz über Controlling und Rechnungslegung	
Geschäfts#:	5101a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 14:31:57	
JA:	148	
NEIN:	0	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	31	
Total Stimmen:	148	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll				
Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	--
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	--
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	--
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	--
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	--
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	--
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	--
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	--
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	--
035	Neukom	Martin	Grüne	--
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	--
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	--
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	--
078	Schmid	Lorenz	CVP	--
004	Schmid	Roman	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	--
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Reduktion der Grundbuchgebühren	
Geschäfts#:	KR-Nr. 298b/2013	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 14:52:14	
JA:	104	
NEIN:	58	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	--
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Das Gewerbe soll nicht länger Bank sein müssen - Massnahmen zur Festlegung der Zahlungsfristen durch die öffentliche Hand auf maximal 30 Tage	
Geschäfts#:	5060b	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 14:54:42	
JA:	97	
NEIN:	65	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	--
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an die Direktionen	
Geschäfts#:	5125a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 15:36:45	
JA:	109	
NEIN:	54	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	16	
Total Stimmen:	163	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an die Direktionen	
Geschäfts#:	5125a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 15:38:23	
JA:	128	
NEIN:	34	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	JA
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	--
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an die Direktionen	
Geschäfts#:	5125a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 15:39:51	
JA:	109	
NEIN:	53	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	17	
Total Stimmen:	162	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	--
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an die Direktionen	
Geschäfts#:	5125a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 15:41:22	
JA:	104	
NEIN:	53	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	22	
Total Stimmen:	157	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	--
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	--
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	--
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	--
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	--
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	--
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung von jährlich wiederkehrenden Überträgen aus dem Lotteriefonds (Leistungsgruppe Nr. 4980) an die Direktionen	
Geschäfts#:	5125a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 15:42:49	
JA:	108	
NEIN:	53	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	NEIN
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	JA
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	--
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	--
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung eines Rahmenkredites für Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit 2015 bis 2017 (Lotteriefonds)	
Geschäfts#:	5167a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 16:23:40	
JA:	46	
NEIN:	62	
Enthalten:	53	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	ENTHALTEN
110	Arnold	Martin	SVP	ENTHALTEN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	ENTHALTEN
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	ENTHALTEN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	ENTHALTEN
173	Bonato	Diego	SVP	ENTHALTEN
111	Borer	Anita	SVP	ENTHALTEN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	ENTHALTEN
007	Bussmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	ENTHALTEN
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	ENTHALTEN
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	ENTHALTEN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	ENTHALTEN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	ENTHALTEN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	ENTHALTEN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	ENTHALTEN
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	ENTHALTEN
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	ENTHALTEN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	ENTHALTEN
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	ENTHALTEN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	ENTHALTEN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	ENTHALTEN
178	Langhart	Konrad	SVP	ENTHALTEN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	ENTHALTEN
152	Liebi	Roger	SVP	ENTHALTEN
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	ENTHALTEN
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	ENTHALTEN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	ENTHALTEN
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	ENTHALTEN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	ENTHALTEN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	ENTHALTEN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	ENTHALTEN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	ENTHALTEN
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	ENTHALTEN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	ENTHALTEN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	ENTHALTEN
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	ENTHALTEN
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	ENTHALTEN
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	ENTHALTEN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	ENTHALTEN
125	Truninger	René	SVP	ENTHALTEN
112	Tuena	Mauro	SVP	ENTHALTEN
150	Uhlmann	Peter	SVP	ENTHALTEN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	ENTHALTEN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	ENTHALTEN
175	Wäfler	Daniel	SVP	ENTHALTEN
179	Walliser	Bruno	SVP	ENTHALTEN
148	Waser	Urs	SVP	ENTHALTEN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	ENTHALTEN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	ENTHALTEN
174	Zahler	Erika	SVP	ENTHALTEN
135	Zanetti	Claudio	SVP	ENTHALTEN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	ENTHALTEN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	ENTHALTEN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung eines Rahmenkredites für Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit 2015 bis 2017 (Lotteriefonds)	
Geschäfts#:	5167a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 16:25:21	
JA:	108	
NEIN:	53	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	NEIN
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	NEIN
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	NEIN
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	NEIN
173	Bonato	Diego	SVP	NEIN
111	Borer	Anita	SVP	NEIN
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	NEIN
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	NEIN
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	NEIN
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	NEIN
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	NEIN
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	NEIN
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	NEIN
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	NEIN
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	NEIN
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	NEIN
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	NEIN
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	NEIN
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	NEIN
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	NEIN
178	Langhart	Konrad	SVP	NEIN
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	NEIN
152	Liebi	Roger	SVP	NEIN
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	NEIN
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	NEIN
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	NEIN
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	NEIN
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	NEIN
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	NEIN
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	NEIN
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	NEIN
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	NEIN
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	NEIN
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	NEIN
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	NEIN
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	NEIN
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	NEIN
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	NEIN
125	Truninger	René	SVP	NEIN
112	Tuena	Mauro	SVP	NEIN
150	Uhlmann	Peter	SVP	NEIN
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	NEIN
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	NEIN
175	Wäfler	Daniel	SVP	NEIN
179	Walliser	Bruno	SVP	NEIN
148	Waser	Urs	SVP	NEIN
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	NEIN
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	NEIN
174	Zahler	Erika	SVP	NEIN
135	Zanetti	Claudio	SVP	NEIN
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	NEIN
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	NEIN
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung eines Rahmenkredites für Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit 2015 bis 2017 (Lotteriefonds)	
Geschäfts#:	5167a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 16:26:32	
JA:	91	
NEIN:	68	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	20	
Total Stimmen:	159	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	NEIN
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	NEIN
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	JA
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	NEIN
057	Bartal	Isabel	SP	NEIN
086	Bellaiche	Judith	GLP	NEIN
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	NEIN
049	Bloch	Beat	CSP	NEIN
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	NEIN
058	Büchi	Renate	SP	NEIN
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	NEIN
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--


Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	NEIN
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	NEIN
181	Erni	Jonas	SP	NEIN
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	NEIN
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	NEIN
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	NEIN
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	NEIN
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	NEIN
033	Gschwind	Benedikt	SP	NEIN
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	NEIN
021	Guyer	Esther	Grüne	NEIN
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	--
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	NEIN
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	NEIN
065	Heierli	Daniel	Grüne	NEIN
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	NEIN
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	NEIN
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	NEIN
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	NEIN
048	Kaeser	Regula	Grüne	NEIN
032	Katumba	Andrew	SP	NEIN
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	NEIN
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	NEIN
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	NEIN
022	Margreiter	Ralf	Grüne	NEIN
064	Marthaler	Thomas	SP	NEIN
017	Marti	Sibylle	SP	NEIN
008	Matter	Sylvie	SP	NEIN
061	Meier	Esther	SP	NEIN
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	NEIN
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	NEIN
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	NEIN
035	Neukom	Martin	Grüne	NEIN
182	Peter	Jacqueline	SP	NEIN
051	Petri	Gabi	Grüne	NEIN
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	NEIN
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	NEIN
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	NEIN
044	Sarbach	Martin	SP	NEIN
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	NEIN
055	Schaffner	Barbara	GLP	NEIN
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	NEIN
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	NEIN
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	NEIN
037	Sommer	Daniel	EVP	NEIN
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	NEIN
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	NEIN
028	Steiner	Rafael	SP	NEIN
002	Steiner	Rolf	SP	NEIN
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	NEIN
184	Straub	Esther	SP	NEIN
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	NEIN
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	NEIN
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	NEIN
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	NEIN
073	Wirth	Thomas	GLP	NEIN
060	Wyssen	Claudia	SP	NEIN
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	NEIN
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	--
025	Zollinger	Johannes	EVP	NEIN
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				

Abstimmungsprotokoll Rathaus Zürich

Kantonsrat Zürich

Geschäftstitel:	Bewilligung eines Rahmenkredites für Vorhaben der Inlandhilfe und der Entwicklungszusammenarbeit 2015 bis 2017 (Lotteriefonds)	
Geschäfts#:	5167a	
Stimm-Datum:	2015.07.06 - 16:28:23	
JA:	160	
NEIN:	1	
Enthalten:	0	
Nicht Präsent:	18	
Total Stimmen:	161	
Stichentscheid:	--	

Abstimmungsprotokoll

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
030	Ackermann	Pia	SP	JA
082	Ackermann	Ruth	CVP	JA
042	Agosti Monn	Theres	SP	JA
089	Albanese	Franco	CVP	JA
114	Amacker	Bruno	SVP	--
126	Amrein	Hans-Peter	SVP	NEIN
110	Arnold	Martin	SVP	JA
140	Bachmann	Ernst	SVP	--
163	Balmer	Bettina	FDP	JA
171	Bär	Hansruedi	SVP	JA
010	Barrile	Angelo	SP	JA
057	Bartal	Isabel	SP	JA
086	Bellaiche	Judith	GLP	JA
165	Bender	André	SVP	JA
161	Berger	Antoine	FDP	JA
131	Biber	Michael	FDP	JA
020	Bischoff	Markus	AL	JA
049	Bloch	Beat	CSP	JA
147	Boesch	Hans-Jakob	FDP	JA
123	Bollinger	Erich	SVP	JA
173	Bonato	Diego	SVP	JA
111	Borer	Anita	SVP	JA
080	Brazerol	Rico	BDP	--
146	Brunner	Hans-Peter	FDP	JA
034	Brunner	Robert	Grüne	JA
058	Büchi	Renate	SP	JA
083	Bürgin	Yvonne	CVP	JA
154	Burtscher	Rochus	SVP	JA
007	Busmann	Barbara	SP	JA
013	Bütikofer	Kaspar	AL	--

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
115	Camenisch	Linda	FDP	--
180	Dalcher	Pierre	SVP	JA
043	Daurù	Andreas	SP	JA
095	Egli	Hans	EDU	JA
003	Egli	Karin	SVP	--
071	Erdin	Andreas	GLP	JA
181	Erni	Jonas	SP	JA
130	Farner	Martin	FDP	JA
068	Fehr Thoma	Karin	Grüne	JA
062	Feldmann	Stefan	SP	--
149	Fischer	Benjamin	SVP	JA
039	Fischer	Gerhard	EVP	JA
103	Franzen	Barbara	FDP	JA
041	Frei	Daniel	SP	JA
151	Frei	Ruth	SVP	JA
160	Frey	Beatrix	FDP	JA
142	Furrer	Astrid	FDP	JA
138	Fürst	Reinhard	SVP	JA
162	Galliker	Nadja	FDP	JA
106	Gantner	Alex	FDP	JA
070	Gehrig	Sonja	GLP	JA
105	Geistlich	Andreas	FDP	JA
014	Göldi	Hanspeter	SP	JA
033	Gschwind	Benedikt	SP	JA
024	Gugger	Nik	EVP	--
088	Gut	Astrid	BDP	JA
053	Gutmann	Eva	GLP	JA
021	Guyer	Esther	Grüne	JA
109	Haab	Martin	SVP	JA
102	Habegger	Beat	FDP	JA
143	Hänni	Cäcilia	FDP	JA
096	Häring	Hans Peter	EDU	JA
074	Hauri	Andreas	GLP	JA
127	Hauser	Matthias	SVP	JA
036	Häusler	Edith	Grüne	JA
065	Heierli	Daniel	Grüne	JA
072	Hodel	Daniel	GLP	--
015	Hoesch	Felix	SP	JA
176	Hofer	Jacqueline	SVP	JA
144	Hofmann	Olivier Moïse	FDP	JA
067	Homberger	Max Robert	Grüne	JA
155	Huber	Beat	SVP	JA
167	Hübscher	Martin	SVP	--
087	Hunger	Stefan	BDP	JA
012	Huonker	Laura	AL	JA
121	Isler	René	SVP	JA
099	Jäger	Alexander	FDP	JA
046	Joss	Rosmarie	SP	JA
048	Kaeser	Regula	Grüne	JA
032	Katumba	Andrew	SP	JA
081	Keller	Cornelia	BDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
124	Keller	Rolando	SVP	JA
3a	Kläy	Dieter	FDP	JA
097	Koller	Prisca	FDP	--
128	Krebs	Beatrice	FDP	JA
129	Kull	Katharina	FDP	JA
159	Kündig	Jörg	FDP	JA
091	Kutter	Philipp	CVP	JA
063	Lais	Ruedi	SP	JA
139	Langhard	Walter	SVP	JA
178	Langhart	Konrad	SVP	JA
076	Lenggenhager	Marcel	BDP	--
119	Leuenberger	Susanne	SVP	JA
152	Liebi	Roger	SVP	JA
027	Loss	Davide	SP	JA
137	Lucek	Christian	SVP	JA
075	Mäder	Jörg	GLP	JA
022	Margreiter	Ralf	Grüne	JA
064	Marthaler	Thomas	SP	JA
017	Marti	Sibylle	SP	JA
008	Matter	Sylvie	SP	JA
061	Meier	Esther	SP	JA
093	Meier	Peter	EDU	JA
023	Meier	Walter	EVP	JA
153	Mettler	Christian	SVP	JA
029	Meyer	Mattea	SP	JA
168	Moor	Ursula	SVP	JA
098	Müller	André	FDP	JA
104	Müller	Christian	FDP	JA
031	Munz	Roland	SP	JA
035	Neukom	Martin	Grüne	JA
182	Peter	Jacqueline	SP	JA
051	Petri	Gabi	Grüne	JA
166	Pflugshaupt	Elisabeth	SVP	JA
084	Pinto	Jean-Philippe	CVP	JA
133	Preisig	Peter	SVP	JA
157	Raths	Hans Heinrich	SVP	JA
026	Reinhard	Peter	EVP	JA
156	Rinderknecht	Margreth	SVP	JA
066	Rohweder	Maria	Grüne	JA
116	Rueff	Sonja	FDP	JA
019	Sahli	Manuel	AL	JA
044	Sarbach	Martin	SP	JA
107	Sauter	Regine	FDP	JA
040	Schaaf	Markus	EVP	JA
055	Schaffner	Barbara	GLP	JA
134	Scheck	Roland	SVP	JA
085	Scherrer Moser	Benno	GLP	JA
120	Schmid	Claudio	SVP	JA
078	Schmid	Lorenz	CVP	JA
004	Schmid	Roman	SVP	JA
145	Schucan	Christian	FDP	JA

Platz#	Name	Vorname	Partei	Stimme
100	Schwab	Daniel	FDP	JA
009	Seiler Graf	Priska	SP	JA
059	Sieber Hirschi	Sabine	SP	JA
037	Sommer	Daniel	EVP	JA
047	Späth	Markus	SP	--
183	Spillmann	Moritz	SP	JA
136	Steinemann	Barbara	SVP	JA
050	Steiner	Kathy	Grüne	JA
028	Steiner	Rafael	SP	JA
002	Steiner	Rolf	SP	JA
172	Steinmann	Armin	SVP	JA
011	Stofer	Judith Anna	AL	JA
184	Straub	Esther	SP	JA
170	Sulser	Jürg	SVP	JA
090	Thomet	Corinne	CVP	JA
016	Tognella	Birgit	SP	JA
108	Trachsel	Jürg	SVP	JA
125	Truninger	René	SVP	JA
112	Tuena	Mauro	SVP	JA
150	Uhlmann	Peter	SVP	JA
158	Vogel	Thomas	FDP	JA
118	Vogt	Hans-Ueli	SVP	JA
101	Vollenweider	Peter	FDP	JA
069	von Planta	Cyrill	GLP	--
092	Vontobel	Erich	EDU	JA
175	Wäfler	Daniel	SVP	JA
179	Walliser	Bruno	SVP	JA
148	Waser	Urs	SVP	JA
001	Weber-Gachnang	Theresia	SVP	--
094	Welz	Michael	EDU	JA
117	Wettstein	Sabine	FDP	--
018	Wicki	Monika	SP	JA
077	Widler	Josef	CVP	JA
045	Widmer	Céline	SP	JA
079	Wiederkehr	Josef	CVP	JA
052	Wiesner	Hans W.	GLP	JA
073	Wirth	Thomas	GLP	JA
060	Wyssen	Claudia	SP	JA
141	Wyss	Orlando	SVP	JA
174	Zahler	Erika	SVP	JA
135	Zanetti	Claudio	SVP	JA
056	Zeugin	Michael	GLP	--
054	Ziegler	Christoph	GLP	JA
122	Zimmermann	Rolf Robert	SVP	JA
025	Zollinger	Johannes	EVP	JA
132	Zuber	Martin	SVP	JA
113	Züllig	Hansueli	SVP	--
--				
--				
--				
--				
--				